

---

## Hauptantrag

Initiator\_nnen:

Titel: **EU Programm**

### **Demokratie und Institutionen: Ein handlungsfähiges Europa der Bürger\_innen Herausforderung**

„Die EU“ ist viel zu oft der Sündenbock, wenn auf nationaler politischer Ebene etwas schief läuft. Die Regierungen schieben die Schuld für Mängel, Missstände und Blockaden, die sie selbst verursacht haben, ab. Für die Unionsbürger\_innen ist es momentan sehr oft nicht nachvollziehbar, wer im komplexen politischen Gebilde die Verantwortung trägt. Selbst dort, wo es Information und Transparenz gibt, sind EU-Bürger\_innen schlecht über die Kompetenzen und Tätigkeiten der Union informiert.

Brüssel ist in der Wahrnehmung der Bürger\_innen viel zu weit weg und bestehende Beteiligungsinstrumente wie die Europäische Bürgerinitiative (EBI) sind weitgehend unbekannt. Zugleich sind innovative Formen der Beteiligung stark unterentwickelt. Die Bürger\_innen haben also kaum Handhabe, den politischen Stillstand durch Initiativen aufzubrechen. Dies führt dazu, dass ein europäisches Bewusstsein und eine politische Identifikation mit der EU unterentwickelt bleiben.

Unionsbürger\_innen sind in ihrem Wahlrecht bei europäischen Wahlen eingeschränkt. Sie können nicht die Kandidat\_innen europaweit wählen, von denen sie sich am besten vertreten fühlen, sondern ausschließlich jene aus ihrem Heimatstaat. Die Europawahlen verkommen dadurch meist zu nationalen Zwischenwahlen, die Wahlkämpfe zu rein innenpolitischen Auseinandersetzungen, die wenig Bedeutung für die Zukunft Europas haben. Sie schaffen es so kaum, das europäisch-politische Bewusstsein zu verstärken.

Die Krisen und Herausforderungen der Gegenwart haben zusammen mit der gehemmten politischen Handlungsfähigkeit der EU in vielen Mitgliedstaaten zu einem Aufschwung nationalistisch-populistischer Parteien geführt. Die Mitgliedsländer entwickeln sich unterschiedlich schnell und die Idee eines gemeinsamen Europas verliert in manchen Staaten immer mehr an Zustimmung. Es kommt vermehrt zu Verletzungen der EU-Grundwerte. Die Europäische Union hat zu wenige und zu schwache Instrumentarien, um dies zu sanktionieren. Aus diesen Entwicklungen und dem Brexit werden Befürchtungen vor einem Zerfall der Union genährt.

33 Gleichzeitig gibt es unterschiedlich weit entwickelte europäische Staaten, denen  
34 die Union mittel- oder langfristige Beitrittsperspektiven zugesichert hat.  
35 Während einige der potenziellen zukünftigen Mitglieder Erfolge bei der  
36 Annäherung verzeichnen können, scheinen sich andere nur wenig vorwärts zu  
37 bewegen. Es besteht die Gefahr, dass die Bürger\_innen jener Staaten sich als  
38 Europäer\_innen zweiter Klasse empfinden und andernorts Verbündete suchen.

## 39 **Vision**

40 Gemeinsam mit den Bürger\_innen durchläuft Europa einen Reformprozess, der die  
41 Vertiefung und Erweiterung der EU vorantreibt. Die Bürger\_innen bringen sich  
42 aktiv in den europäischen Diskurs ein und gestalten ein handlungsfähiges Europa.  
43 Ein Europäischer Konvent führt gemeinsam mit europäischen Volksabstimmungen  
44 dazu, dass bestehende Blockaden durchbrochen und Fragen der weiteren Integration  
45 vorbereitet werden. Die europäischen Institutionen haben sich zu einer  
46 leistungsfähigen Führung der europäischen Gemeinschaft entwickelt, die über eine  
47 Politik des nationalen Minimalkonsenses hinausgeht. Sie agieren effizient und  
48 transparent. Unser Europa ist ein Europa der Entbürokratisierung. Es steht für  
49 eine Regelung anstelle von 27 verschiedenen.

50 Die an der Gesetzgebung beteiligten Institutionen befinden sich alle in Brüssel  
51 und bilden den Grundstein für eine Weiterentwicklung Brüssels zu einer echten  
52 europäischen Hauptstadt. Das Europäische Parlament besteht zu immer größeren  
53 Teilen aus gesamteuropäisch gewählten Abgeordneten, die über Gesetzesvorschläge  
54 für Europa entlang grundsätzlicher politischer Positionen und nicht auf Basis  
55 nationalstaatlicher Zugehörigkeit diskutieren. Der Rat ist in eine zweite Kammer  
56 des Parlaments weiterentwickelt, in der die nationalstaatlichen Interessen  
57 vertreten werden. Die Kommission ist eine starke europäische Regierung mit  
58 einem/einer direkt gewählten Regierungschef\_in, der/die sich sein/ihr Team auf  
59 der Basis von Qualifikation und Mehrheiten im Parlament zusammenstellt. Unsere  
60 Vision der Vereinigten Staaten von Europa wird mit jedem Integrationsschritt  
61 greifbarer. Die Bürger\_innen Europas verstehen sich als europäische  
62 Bürger\_innen.

63 Die EU-Staaten respektieren, schützen und verteidigen die EU-Grundwerte. Wenn es  
64 doch zu einer Verletzung dieser kommt, hat die Union effektive Sanktionen zur  
65 Verfügung, um gegenüber dem betreffenden Staat die Einhaltung der Grundwerte und  
66 der Rechtstaatlichkeit durchsetzen zu können.

## 67 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 68 **Bürger\_innen gestalten gemeinsam die Zukunft Europas**

70 Wir fordern die Einberufung eines Europäischen Konvents mit breiter  
71 Bürger\_innenbeteiligung. So bestehen die besten Chancen, nationalistisch-  
72 engstirnige Widerstände und politische Blockaden zu überwinden. Repräsentativ  
73 für die Bevölkerung ausgewählte Bürger\_innen aus ganz Europa sollen gemeinsam  
74 mit staatlichen und anderen nicht-staatlichen Akteuren darüber beraten, wie  
75 unsere EU in Zukunft aussehen soll und wichtige Richtungsentscheidungen

76 vorbereiten. Diese Vorschläge sollen die Basis für eine Neugestaltung der  
77 europäischen Verträge sein.

### 78 **Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger\_innen**

79 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) muss reformiert werden. Gegenwärtig sind  
80 für eine erfolgreiche EBI mindestens eine Million Unterstützungserklärungen aus  
81 mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten notwendig. Dann muss die Kommission  
82 innerhalb von drei Monaten eine Stellungnahme dazu vorlegen und Maßnahmen  
83 vorschlagen, wenn das Thema in den Kompetenzbereich der Kommission fällt.  
84 Allerdings ist bisher von der Kommission noch kein einziger Gesetzesvorschlag  
85 aus einer EBI entstanden. Hier muss zumindest die Bereitschaft der Kommission  
86 steigen, auf Bürger\_innenanliegen einzugehen. Zusätzlich soll die Möglichkeit  
87 einer europaweiten Volksabstimmung geschaffen werden. Eine bestimmte Anzahl von  
88 Unterstützungserklärungen einer EBI sollen zu einer verbindlichen  
89 Volksabstimmung über die Thematik führen. Bei diesen Volksabstimmungen soll eine  
90 doppelte Mehrheit erforderlich sein: sowohl eine Mehrheit der europäischen  
91 Bevölkerung als auch eine Mehrheit der Staaten muss den Vorschlag unterstützen.

### 92 **Reform der Europawahlen**

93 Wir setzen uns dafür ein, dass zumindest ein Teil der Abgeordneten zum  
94 Europäischen Parlament über gesamteuropäische (transnationale) Listen gewählt  
95 werden. Dies soll durch eine Zweitstimme geschehen. Um antreten zu dürfen,  
96 müssen europäische Listen Kandidat\_innen aus mehreren Mitgliedstaaten aufweisen.  
97 So stellen wir einen europäischen Wahlkampf sicher, der die EU-Wahl aus der  
98 Innenpolitik der Mitgliedstaaten heraushebt. Die über transnationale Listen  
99 gewählten MEPs leisten ihren Beitrag zu einem europäisch-politischen  
100 Bewusstsein. Gleichzeitig soll auch der/die Kommissionspräsident\_in durch die  
101 Bürger\_innen direkt gewählt werden. Dies sichert einerseits die Legitimation  
102 des/der Präsidenten/Präsidentin der Kommission und stärkt andererseits auch  
103 dessen/deren Verbindung zu den Bürger\_innen.

### 104 **Selbstbewusstes Europäisches Parlament mit zwei Kammern**

105 Das Europäische Parlament soll sich zu einem Ort entwickeln, an dem große  
106 Debatten über die Zukunft der Europäischen Union stattfinden. Mit einem  
107 verbesserten Wahlrecht ist es auch an der Zeit, dass dieses selbstbewusste  
108 Arbeitsparlament das Recht der Gesetzesinitiative erhält (Initiativrecht). Die  
109 historisch gewachsene Aufteilung des Europäischen Parlaments auf die drei  
110 Arbeitsorte Straßburg (die meisten Plenarsitzungen), Brüssel (Ausschüsse und  
111 Fraktionssitzungen) und Luxemburg (Generalsekretariat) ist nicht praktikabel.  
112 Daher soll das Parlament einen einheitlichen Sitz in Brüssel haben. Langfristig  
113 soll das Europäische Parlament ein Zweikammerparlament werden. In der zweiten  
114 Kammer sollen die Interessen der Mitgliedstaaten vertreten werden - diese würde  
115 also die Aufgaben des Rates übernehmen. Die Abgeordneten der zweiten Kammer  
116 werden von den nationalen Parlamenten entsandt. Sie spiegeln in etwa die  
117 politische Zusammensetzung der nationalen Parlamente wider.

### 118 **Effiziente Europäische Regierung ohne nationale Quoten**

119 Die Kommission muss überschaubarer und effizienter werden. Wie seit 2000 geplant  
120 soll die Anzahl der europäischen Kommissar\_innen von aktuell 28 auf höchstens 15  
121 reduziert werden. Ein Rotationsverfahren muss eingerichtet werden, da so nicht  
122 in jeder Runde jeder Mitgliedstaat eine/n Kommissar\_in nominieren kann. Nachdem  
123 die Mitglieder der Europäischen Kommission aber ohnehin nicht die Aufgabe haben,  
124 ihren jeweiligen Mitgliedstaat zu vertreten, sondern die gesamte Union, ist das  
125 kein Verlust für die Mitgliedstaaten. Österreich soll sich bereit erklären, in  
126 der ersten Rotationsrunde auf eine/n eigene/n Kommissar\_in zu verzichten und  
127 Verbündete suchen, die dazu ebenfalls bereit sind. So wird die seit 2000  
128 bestehende Blockade bei dieser Reform endlich beseitigt. Langfristig soll die  
129 Kommission zu einer echten Regierung mit direkt gewähltem Regierungsoberhaupt  
130 und von ihm/ihr ernannter Kommissar\_innen ohne nationale Nominierungsansprüche  
131 werden. Die politische Verantwortlichkeit gegenüber dem Europäischen Parlament  
132 soll weiter ausgebaut werden. Diese Weiterentwicklung der Kommission darf aber  
133 nicht zur Folge haben, dass die Kommission eine ihrer Hauptaufgaben, nämlich die  
134 Verfolgung von Unionsrechtsverletzungen durch die Mitgliedstaaten, nicht mehr  
135 erfüllen kann. Dazu könnte eine zu diesem Zweck eingerichtete Generaldirektion  
136 weisungsfrei gestellt werden, um politische Einflussnahme auszuschließen. Die  
137 Aufgabenverteilung zwischen Kommissionspräsident\_in und Ratspräsident\_in bleibt  
138 von diesen Reformen unberührt.

### 139 **Mehr Kontrolle und Transparenz**

140 Die Bürger\_innen haben ein Recht auf eine wirtschaftliche, sparsame und  
141 zweckmäßige Verwendung ihrer Steuermittel. Der Europäische Rechnungshof soll  
142 durch eine Reduktion der Mitglieder auf 15 (selbes Verfahren wie beim Vorschlag  
143 für die Kommission) effizienter werden. Zusätzlich müssen die fachlichen  
144 Anforderungen an die Mitglieder präzisiert werden. Das Europäische Amt für  
145 Betrugsbekämpfung (OLAF) hat sich als effektives Mittel im Kampf gegen  
146 Korruption erwiesen. Um für zukünftige Aufgaben gerüstet zu sein, müssen  
147 Möglichkeiten geschaffen werden, nicht-kooperative nationale Behörden zu  
148 sanktionieren. Beim Thema der Transparenz gibt es Nachholbedarf für die  
149 Institutionen. Für die Bürger\_innen schwer nachvollziehbare  
150 Entscheidungsprozesse der EU sollen sichtbar gemacht werden. Zu diesem Zweck  
151 soll sowohl im jetzt vorhandenen Rat, als auch in weiterer Folge in der zweiten  
152 Kammer, das Stimmverhalten aller Regierungsvertreter\_innen/Abgeordneten bei  
153 Abstimmungen offengelegt werden. Somit sind Blockaden durch einzelne  
154 Mitgliedstaaten für alle ersichtlich und können öffentlich debattiert werden.

### 155 **Sanktionen bei Verletzungen der EU-Grundwerte**

156 Die europäischen Mitgliedstaaten müssen im Sinne des Schutzes der europäischen  
157 Grundwerte eine Reform des Artikel-7-Verfahrens (Suspendierung der  
158 Mitgliedschaft) beschließen. Statt Einstimmigkeit soll eine Zweidrittelmehrheit  
159 im Europäischen Rat genügen, um eine schwere anhaltende Verletzung der  
160 Grundwerte festzustellen. Darüber hinaus sind auf europäischer Ebene andere  
161 sinnvolle Instrumente zu finden, die man in einem solchen Fall einsetzen kann.  
162 So könnte man, je nach Schwere der Grundwerteverletzung, etwa auch das

163 Stimmrecht nur teilweise, also in bestimmten Politikbereichen, für eine gewisse  
164 Zeit aussetzen. Eine weitere mögliche Sanktion für besonders gravierende  
165 Verletzungen der Grundwerte besteht darin, zukünftige EU-Fördermittel zu kürzen.  
166 Mitgliedstaaten, die mit dieser Maßnahme belegt werden, würden im folgenden  
167 Finanzrahmen geringere Mittel bekommen.

## 168 **Budget: eigene Einnahmen für ein Europa, das** 169 **lenkt**

### 170 **Herausforderung**

171 Wie man gerechte Steuersysteme und eine zeitgemäße Form der  
172 Unternehmensbesteuerung in der digitalisierten Welt gestaltet, ist eine der  
173 zentralen Fragen unserer Zeit. Momentan ist es so, dass die Europäische Union  
174 keine eigenen Steuern einhebt und ihre Budgetautonomie stark begrenzt ist.  
175 Vorschläge diesbezüglich liegen bereits am Tisch, aber anstatt mit starker  
176 Stimme global den Weg vorzugeben, scheitert eine gemeinsame europäische Vision  
177 an nationalstaatlichen Blockaden.

178 Eine einheitliche, koordinierte Budgetplanung ist durch das Europäische Semester  
179 zwar eingerichtet, diesem fehlt es aber an einem Instrument, um die Empfehlungen  
180 an die Mitgliedstaaten durchzusetzen. Die meisten nationalen Regierungen nutzen  
181 die Niedrigzinsphase zu zögerlich für die notwendigen Wirtschafts- und  
182 Strukturreformen. Diese Reformabstinentz ist eines der größten Risiken für die  
183 Stabilität und eine koordinierte Budgetpolitik.

184 Eine Herausforderung ist auch die budgetäre Gewichtung der einzelnen  
185 Politikbereiche. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist einer der größten  
186 Budgetposten der Union und ist derzeit mit etwa 408 Mrd Euro dotiert. Das sind  
187 fast 40 Prozent des gesamten EU-Budgets. Das meiste davon, über 70 Prozent, wird  
188 als flächenbezogene Direktzahlung ausbezahlt und nur wenig als Entlohnung für  
189 Maßnahmen, die den ländlichen Raum und die Umwelt stärken. Unternehmerisches  
190 Denken und Innovationen in der Landwirtschaft sind durch die starke Abhängigkeit  
191 von Förderungen wenig gefragt. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der  
192 landwirtschaftlichen Betriebe.

193 Reformbedürftig ist auch die Strukturpolitik der Union. 2014 bis 2020 werden  
194 dafür rund 350 Mrd Euro, ein Drittel des EU-Haushalts, aufgewendet. Einst nur  
195 für strukturschwache Gegenden der Mitgliedstaaten gedacht, fließen die  
196 Fördergelder heute auch in sehr reiche Regionen – mit suboptimalen  
197 Verteilungseffekten, die einer heimlichen Ersatzwirtschaftspolitik gleichen. In  
198 ein paar EU-Staaten besteht auch das Problem, dass riesige Regionalfördergelder  
199 gar nicht abgerufen werden, weil es an geeigneten Projekten mangelt oder die  
200 lokalen Behörden nicht fähig oder unwillig sind, solche zu starten oder zu  
201 unterstützen. Das ursprüngliche Ziel, die Verhinderung eines (weiteren)  
202 wirtschaftlichen Auseinanderdriftens der Mitgliedstaaten, wurde aus den Augen  
203 verloren.

### 204 **Vision**

205 Die EU hat eigene Finanzierungsquellen für den EU-Haushalt. Ein substantieller  
206 Teil des EU-Haushalts wird durch einen europaweit eingehobenen Beitrag aus einer

207 CO2-Abgabe und einem Anteil an der Körperschaftsteuer, die auch die  
208 Digitalwirtschaft angemessen berücksichtigt, eingehoben. Eine Neuordnung der  
209 Aufgaben der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten führt zu einer klaren  
210 Zuteilung der Mittel auf EU-Ebene.

211 Förderungen werden nach dem Vorbild des Juncker-Plans größtenteils als  
212 Ankerinvestments eingesetzt, um private Investitionen anzustoßen. Entsprechende  
213 Wirkungs- und Investitionsziele stellen sicher, dass Fördergelder effektiv und  
214 effizient eingesetzt werden.

215 Das Europäische Semester und dessen länderspezifische Empfehlungen werden  
216 ernstgenommen. Für die Durchführung von Reformen im Zusammenhang mit den  
217 Empfehlungen erhalten die Mitgliedstaaten eigene EU-Mittel. Die Reformen stärken  
218 vor allem die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Volkswirtschaften und haben  
219 positive Übertragungs-Effekte auf andere Mitgliedstaaten.

220 Die Agrarpolitik wird zur Politik für alle Bürger\_innen und nicht nur für eine  
221 Berufsgruppe. Die verschlankte und innovative Gemeinsame Agrarpolitik ist  
222 Wirtschafts- und Umweltpolitik und nicht Sozial- oder Umverteilungspolitik. Die  
223 Strukturpolitik wird reformiert und vereinfacht und die Mittel daraus kommen  
224 wieder hauptsächlich strukturschwachen Regionen zugute.

## 225 **Leitlinien und Maßnahmen** 226 **Umdenken im EU-Budgetprozess**

227 Wir fordern, dass der Budgetprozess für den mehrjährigen Finanzrahmen zusammen  
228 mit einer Neuordnung der Kompetenzen von Union und Mitgliedstaaten einhergeht.  
229 Wir wollen dafür sorgen, dass die Union über jene Budgetmittel selbst verfügen  
230 kann, die für die Erfüllung von Unionskompetenzen nötig sind. So sprechen zum  
231 Beispiel bedeutende Skalenvorteile dafür, die europäischen Verteidigungsausgaben  
232 auf EU-Ebene anzusiedeln und aus der Verteidigungspolitik mehrheitlich eine  
233 europäische Kompetenz zu machen, um teure Doppelgleisigkeiten zu vermeiden.  
234 Aktuell gibt es in den Verhandlungen eine starke Fixierung auf Nettozahler-  
235 Positionen und ein starkes Konkurrenzdenken zwischen den Mitgliedstaaten. Fast  
236 jeder Staat versucht, die besten Transferleistungen bei möglichst niedrigen  
237 Beiträgen für sich herauszuholen. Leider verhindert dieser Fokus einen  
238 rationalen Diskurs über eine Kompetenzverteilung zwischen EU und  
239 Mitgliedstaaten, die Effizienz und den effektiven Einsatz von Budgetmitteln in  
240 den Fokus stellt.

## 241 **Finanzierung über EU-Steuern statt Mitgliedsbeiträgen**

242 Die EU braucht eine Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung,  
243 um  
244 eine sparsame Mittelverwendung sicherzustellen. Daher soll sich die Europäische  
245 Union nicht länger primär über Beiträge der Mitgliedstaaten finanzieren, sondern  
246 selbst Steuern einheben. Dafür sollen Abgaben, die europaweit harmonisiert sind,  
247 direkt ins EU-Budget fließen. Ein möglichst verantwortungsvoller Umgang mit dem  
248 Budget und ein effektiver Einsatz der Mittel ist dann am besten gewährleistet,  
249 wenn jene, die das Budget ausgeben, die Steuern auch einheben. **Die Europäische**

250 **Kommission bekommt eine/n Finanzminister\_in, der/die** für die Einnahmen-  
251 Administration verantwortlich ist und sich für ein volldigitales System  
252 einsetzt. Mehrere Formen von EU-Einnahmen können wir uns in einem ersten Schritt  
253 vorstellen: Ein Anteil an der Körperschaftsteuer, die auch durch Einnahmen aus  
254 der digitalen Betriebsstätte ergänzt wird, und eine CO2-Abgabe (bzw. Einnahmen  
255 aus dem Emissionshandel).

#### 256 **Europäischer Anteil an der Unternehmenssteuer/Körperschaftsteuer (KöSt)**

257 Mittels einer einheitlichen, EU-weiten Bemessungsgrundlage kann die KöSt zur EU-  
258 Finanzierung genutzt werden. Die Kommission hat bereits Vorschläge zu einer  
259 gemeinsamen und konsolidierten KöSt-Bemessungsgrundlage gemacht, die wir  
260 unterstützen. Wir schlagen vor, Erträge im Ausmaß von sieben Prozent dieser  
261 gemeinsamen (konsolidierten) KöSt-Bemessungsgrundlage der EU als Eigenmittel zur  
262 Verfügung zu stellen. Die EU-Beiträge der Mitgliedstaaten sollen dementsprechend  
263 gesenkt werden. Diese sieben Prozent sind gleichzeitig der Mindestsatz für die  
264 jeweiligen Mitgliedstaaten und werden direkt der EU abgeliefert. Die  
265 Mitgliedstaaten können darüber hinaus nationale Körperschaftssteuern selbst  
266 einheben.

#### 267 **Digitale Betriebsstätten und Infrastrukturausgaben auf europäischer Ebene**

268 Wir fordern eine zukunftsfähige Definition der Betriebsstätte bei fehlender oder  
269 geringer physischer Unternehmenspräsenz in den nationalen Steuergesetzen sowie  
270 in den Doppelbesteuerungsabkommen. Um Gewinne der digitalen Wirtschaft und neu  
271 entstehender Branchen am Ort des Umsatzes besteuern zu können, wird eine  
272 Betriebsstätte nicht nur durch eine feste Betriebsstätte, sondern auch durch  
273 eine länger als sechs Monate dauernde wirtschaftliche Tätigkeit begründet.  
274 Entstehen durch diese Maßnahme zusätzliche EU-Einnahmen über den vorgeschlagenen  
275 EU-Anteil der KöSt, sollen diese zusätzlichen Mittel für eine digitale  
276 Gründerzeit und den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Europa genutzt werden,  
277 um Europas Wettbewerbsfähigkeit in diesem Wirtschaftsbereich zu sichern.

#### 278 **Europaweite CO2-Abgabe und Einnahmen aus dem Emissionshandel**

279 Die Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem sollen nicht wie bisher an die  
280 Mitgliedstaaten gehen und danach über ein komplexes System unter den  
281 Mitgliedstaaten umgeschichtet werden. Wir fordern, dass die Einnahmen zu 50% in  
282 einen Klimafonds und zu 50% ins allgemeine Budget fließen. Die Einnahmen aus der  
283 europaweiten CO2-Abgabe (**siehe Kapitel Umwelt & Energie**) sollen analog zum  
284 Modell für die KöSt (**siehe oben**) bis zum Mindestsatz der EU als Eigenmittel zur  
285 Verfügung stehen. Dabei soll ebenfalls ein gewisser Anteil für einen Klimafonds  
286 vorgesehen sein. Über den Mindestsatz hinausgehende Einnahmen bleiben in den  
287 Mitgliedstaaten.

#### 288 **Anreize für Reformen**

289 Das Europäische Semester soll dahingehend weiterentwickelt werden, dass die  
290 Kommission nicht nur Empfehlungen ausgibt, sondern auch Anreize für Reformen  
291 setzt. Die Durchführung von Reformen muss daher mit einer finanziellen

292 Unterstützung durch die Europäische Union verbunden werden. Damit kann  
293 Reformabstizienz beseitigt werden. In einer Testphase könnten dafür Mittel des  
294 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, des Europäischen Sozialfonds  
295 und/oder des Kohäsionsfonds eingesetzt werden. Zukünftig soll in den  
296 mehrjährigen Finanzrahmen ein gesonderter Posten für die "Reformförderung" mit  
297 ausreichenden Mitteln vorgesehen werden.

### 298 **Innovative, schlanke und umweltfreundliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)**

299 Mit der sukzessiven Erweiterung der EU-Kompetenzen und damit neu balancierten  
300 Budgets sollen auch Mittel von der Gemeinsamen Agrarpolitik in Zukunftsprojekte  
301 umgeschichtet werden. Wir fordern eine sukzessive Reduktion des Volumens der GAP  
302 über einen längeren Zeitraum hinweg. Innerhalb der GAP fordern wir eine noch  
303 stärkere Umschichtung der Mittel hin zu Umwelt-Dienstleistungen der  
304 Landwirtschaft (Gewässerschutz, Pestizidreduktion, Biodiversität). In den  
305 folgenden mehrjährigen Finanzrahmen sollen die Mittel für die GAP insgesamt  
306 jeweils um 20% reduziert werden, um Innovationen, Unternehmertum und damit  
307 Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft zu stärken. Durch die Einhaltung  
308 dieses strikten Fahrplans wird Planungssicherheit für die Landwirt\_innen  
309 sichergestellt. Die freiwerdenden Mittel können für zukunftssträchtige,  
310 gemeinschaftliche Projekte eingesetzt werden. Eine stärker nach Kriterien der  
311 Nachhaltigkeit gestaltete Gemeinsame Agrarpolitik der EU könnte ein effektives  
312 Mittel des europäischen Klima- und Umweltschutzes sein.

### 313 **Reform der Strukturpolitik**

314 Wir fordern die Konzentration der Strukturfonds auf die weniger entwickelten  
315 Gebiete und die Übergangsregionen mit dem Ziel des nachhaltigen Aufbaus der  
316 regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der sozialen Kohäsion. Es soll keine  
317 Unterstützung mehr für Regionen geben, deren Einkommen deutlich über dem Pro-  
318 Kopf-Einkommen der EU liegt. Außerdem unterstützen wir die intensivere Förderung  
319 für grenzüberschreitende und regionsübergreifende Kooperationen aus Mitteln des  
320 Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), bei denen es einen klaren  
321 europäischen Mehrwert gibt. Rumänien und Bulgarien sind leider Negativbeispiele  
322 dafür, dass die Projektsetzung von Qualität und Willen der Behörden der  
323 Empfängerländer abhängig ist. Die bereitgestellten Fördermittel werden nicht  
324 ausgenutzt und nur mit jahrelanger Verlängerung – verspätet und qualitativ oft  
325 unzureichend – aufgebraucht. Wir treten für eine Änderung des Vergabesystems für  
326 Länder mit schlechter Projekt- und Mittelausnutzung ein. Künftig sollen dort  
327 Förderprojekte direkt von der EU-Kommission ausgewählt und bezuschusst werden.  
328 Das hat auch den Vorteil, dass die Korruptionsanfälligkeit mancher lokalen  
329 Behörden umgangen wird.

## 330 **Finanzen: fairer Steuerwettbewerb in einer** 331 **stabilen Wirtschafts- und Währungsunion**

### 332 **Herausforderung**

333 Rund zehn Jahre nach der Krise kämpft die Eurozone immer noch mit erheblichen  
334 Problemen. Überhöhte Staatsschulden, niedrige Zinsen, teuer erkaufte  
335 Wirtschaftswachstum und fehlende Strukturreformen sorgen weiterhin für große

336 Probleme. Der Europäische Stabilitätsmechanismus, der als Notfallinstrument in  
337 der Krise geschaffen wurde, ist noch immer nicht in der Europäische Union  
338 institutionalisiert. Ein Masterplan scheitert meist an den unterschiedlichen  
339 nationalstaatlichen Interessen. Jedoch wäre jetzt die Zeit, vorausschauend zu  
340 handeln, um im Fall einer Krise wirkungsvolle Maßnahmen zur Staatenrettung  
341 setzen zu können. Instrumente zur Bekämpfung von länder- oder  
342 regionsspezifischen Schocks und Krisen (vor allem ESM) werden zu wenig auf  
343 mittel- und langfristige effektive Risikoteilung, budgetäre Anreize und  
344 fiskalische Stabilisierung ausgelegt.

345 Momentan geht eine bessere Abstimmung der Steuer- und Abgabensysteme der  
346 Mitgliedstaaten nur schleppend voran. Die (teils legalen) Steuerschlupflöcher  
347 stellen nach wie vor eine große Herausforderung für die Europäische Union dar.

348 Eine gemeinsame Währung sollte die Zuverlässigkeit des europäischen  
349 Finanzsystems gewährleisten. Leider fehlt bis heute ein wirkungsvoller  
350 Stabilitätsmechanismus, der im Falle einer Krise unsere Währung schützt.

351 Aktuell legt die EZB die Geldpolitik für das Euro-Währungsgebiet fest, übernimmt  
352 aber gleichzeitig - zumindest teilweise - die Funktion der Europäische  
353 Bankenaufsicht. Während das Hauptziel der EZB Preisstabilität ist, zielt die  
354 Finanzmarktaufsicht auf Finanzmarktstabilität ab. Durch diese Doppelfunktion  
355 entstehen Zielkonflikte.

356 Immer noch sucht man in der Europäischen Union nach den geeigneten Instrumenten,  
357 die Währungs- und Staatsschuldenkrise in den Griff zu bekommen. Durch die  
358 anhaltende Niedrigzinspolitik in Zeiten der Hochkonjunktur verliert die EZB  
359 zukünftigen Handlungsspielraum, um auf einen Wirtschaftsabschwung zu reagieren.

360 In der gegenwärtigen Situation verschiebt die Umsetzung der Bankenunion das  
361 Risiko maroder Banken zu Lasten der Bürger\_innen jener Länder, in denen die  
362 Banken saniert sind. Voraussetzung für eine sinnvolle Bankenunion wäre eine  
363 erfolgreiche Sanierung der Bankenwirtschaft in allen teilnehmenden Ländern.

364 Für Verunsicherung sorgt nach wie vor die Diskussion über Eurobonds. Eine  
365 gemeinschaftliche Haftung für die Schulden der Euro-Staaten wäre unter den  
366 gegebenen Umständen problematisch. Denn dadurch wären Haftung und Verantwortung  
367 voneinander getrennt und die Gläubigerländer hätten keine Kontrolle über die  
368 Schuldenaufnahme in Schuldnerländern.

369 Das BIP ist nur noch begrenzt in der Lage, den Strukturwandel von der  
370 "dinglichen" Industrie zur "unsichtbaren" Dienstleistungs- und  
371 Wissensgesellschaft abzubilden. Daher kann im Zeitalter der Digitalisierung das  
372 BIP nicht immer als Gradmesser für das Wirtschaftsklima herangezogen werden.

## 373 **Vision**

374 Die Europäische Union hat die Folgen der Finanzkrise überwunden und die  
375 richtigen Schlüsse gezogen. Ein wirkungsvoller und unabhängiger Europäischer  
376 Währungsfonds (EWF) ermöglicht im Krisenfall die Handlungsfähigkeit und  
377 Glaubwürdigkeit. Außerdem überwacht der unabhängige EWF anstelle der

378 Europäischen Kommission die Verschuldungsregeln. Eurobonds und somit eine  
379 Vergemeinschaftung der Schulden wurden und werden nicht realisiert.

380 Steuergerechtigkeit ermöglicht endlich einen fairen Wettbewerb. Die Vorschläge  
381 der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der Steuervermeidung werden in enger  
382 Zusammenarbeit mit der OECD Schritt für Schritt umgesetzt und führen letztlich  
383 auch zu niedrigen Steuersätzen.

384 Der Euro ist eine der wichtigsten Weltwährungen und unterstützt die  
385 internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen. Die  
386 Währungsunion fördert weiterhin den barrierefreien Handel innerhalb des  
387 europäischen Binnenmarktes und erleichtert das Reisen und Einkaufen für die  
388 Bürger\_innen.

389 Die EZB beschränkt sich auf ihre Kernaufgabe und ist erfolgreiche Hüterin der  
390 Preisstabilität.

391 In der Bankenunion wurde der einheitliche Abwicklungsfonds (Single Resolution  
392 Fund, SRF) zu einem funktionierenden Bail-in Mechanismus ausgebaut, in den die  
393 Banken selbst einzahlen und dem ausreichend Mittel zur Verfügung stehen.

394 Neben dem BIP werden zusätzliche Parameter wie Gesundheit, Bildung oder  
395 Nachhaltigkeit zur Messung von Wohlstand und Fortschritt herangezogen. Dies  
396 hilft bei der Planung zukunftsweisender Politik.

## 397 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 398 **Weiterentwicklung des ESM zu einem schlagkräftigen Europäischen Währungsfonds** 399 **(EWF)**

400 Es braucht einen Mittelweg zwischen dem sturen Beharren auf der souveränen  
401 Selbstverantwortung der Mitgliedstaaten und der weitergehenden  
402 Vergemeinschaftung sowie zentralen Steuerung der Wirtschaftspolitik mit einem  
403 finanziellen Lastenausgleich zwischen strukturstärkeren und -schwächeren  
404 Mitgliedstaaten. Wir fordern die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds  
405 (EWF) auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts, der die Stabilität der Eurozone  
406 gewährleistet. Mit dem Europäischen Währungsfonds (EWF) soll ein dauerhafter und  
407 unabhängiger Rechtsnachfolger für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)  
408 geschaffen werden. Hauptziel des EWF ist die finanzielle Stabilitätshilfe für  
409 Krisenländer im Euroraum. Als unabhängiges Gremium sorgt der EWF durch  
410 Geldmarktgeschäfte und Emissionen am Kapitalmarkt für die Beschaffung von  
411 Geldmitteln für in Not geratene Euro-Staaten. Die Unabhängigkeit des EWF soll  
412 langfristig zu einer Entpolitisierung des Re-Finanzierungsprozesses für in  
413 Zahlungsnot geratene Euro-Staaten führen. Regelmäßiger Austausch eines solchen  
414 Europäischen Währungsfonds mit den Euro-Mitgliedstaaten über aufkommende Risiken  
415 sollen zu proaktivem Handeln führen und den Reformprozess in Euro-Staaten mit  
416 finanziellen Engpässen vorantreiben. Zu diesem Zwecke soll der EWF auch die  
417 Überwachung der Verschuldungsregeln von der Europäischen Kommission übernehmen.  
418 Verstöße gegen den Stabilitätspakt sind keine politischen Bewertungen, sondern  
419 basieren auf Zahlen, Daten und Fakten. Eine weitere Vergemeinschaftung der  
420 Schulden etwa durch Eurobonds kommt für NEOS nicht in Frage.

## 421 **Weiterentwicklung des ESM bzw. Europäischen Währungsfonds (EWF)**

422 Die Stabilität der Eurozone soll durch einen Europäischen Währungsfonds (EWF)  
423 auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts gewährleistet werden. Mit dem Europäischen  
424 Währungsfonds (EWF) soll ein dauerhafter und unabhängiger Rechtsnachfolger für  
425 den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen werden. Hauptziel des  
426 EWF ist die finanzielle Stabilitätshilfe für Krisenländer im Euroraum. Als  
427 unabhängiges Gremium sorgt der EWF durch Geldmarktgeschäfte und Emissionen am  
428 Kapitalmarkt für die Beschaffung von Geldmitteln für in Not geratene Euro-  
429 Staaten. Die Unabhängigkeit des EWF soll langfristig zu einer Entpolitisierung  
430 des Re-Finanzierungsprozesses für in Zahlungsnot geratene Euro-Staaten führen.  
431 Regelmäßiger Austausch eines solchen Europäischen Währungsfonds mit den Euro-  
432 Mitgliedstaaten über aufkommende Risiken sollen zu proaktivem Handeln führen und  
433 den Reformprozess in Euro-Staaten mit finanziellen Engpässen vorantreiben.

## 434 **Kein Steuergeld für Hilfen des EWF**

435 Private Gläubiger\_innen haften direkt und eventuell zusätzlich auch über  
436 Pensionsfonds und Lebensversicherungen für die Investments an überschuldeten  
437 Staaten. Werden Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds in Anspruch genommen,  
438 sollen Staatsanleihen nicht übernommen werden können, sondern werden automatisch  
439 verlängert. So soll sichergestellt werden, dass Hilfszahlungen für neue  
440 Investitionen genutzt werden und nicht zur Rettung von Gläubiger\_innen. Das  
441 führt dazu, dass EWF die Gläubiger\_innen nicht mehr auslöst, wenn der Krisen-  
442 Staat seine Schulden nicht mehr tragen kann. Die Marktpreise für alte Anleihen  
443 werden folglich fallen. Die entsprechenden Abschreibungen müssen Gläubiger\_innen  
444 bzw. Spekulant\_innen tragen.

## 445 **Insolvenzrecht für Staaten**

446 Wir fordern ein Insolvenzrecht für Staaten der Eurozone, das den Mitgliedern der  
447 Währungsunion die Möglichkeit gibt, in einem regelgeleiteten Verfahren ihre  
448 Schulden tragfähigkeit wiederherzustellen. Dies soll im Krisenfall ungeordnete  
449 Verfahren, Planungsunsicherheit und Fehlanreize verhindern und dazu beitragen,  
450 die Zahlungsfähigkeit von Krisenländern schneller wiederherzustellen. Das  
451 Staateninsolvenzrecht muss auf verbindlichen Regeln für alle Beteiligten  
452 basieren und mit einem klaren Reformprogramm verbunden sein. Letzteres soll  
453 ebenfalls vom EWF überwacht werden.

## 454 **Teilung der Kompetenzen der Europäischen Zentralbank (EZB)**

455 Wir fordern, dass sich die EZB an ihr ursprüngliches Mandat der  
456 Währungsstabilität hält und nicht monetäre Staatsfinanzierung durch die  
457 Hintertüre betreibt. Das vorrangige Ziel der europäischen Zentralbank ist die  
458 Gewährleistung von Preisstabilität, damit die Kaufkraft der gemeinsamen Währung  
459 erhalten bleibt. Durch die Genehmigung von Liquiditätsmittel soll eine  
460 Inflationsrate knapp unter 2% erreicht werden. Um den Fokus der EZB wieder  
461 stärker auf ihre Hauptaufgabe für das Euro-Währungsgebiet zu legen, werden die  
462 Aufgaben der Bankenaufsicht und die Re-Finanzierung von Staaten mit  
463 Finanzproblemen von der Europäischen Finanzmarktaufsicht und dem EWF ausgeführt.

#### 464 **Handlungsfähiger Abwicklungsmechanismus für die Bankenunion**

465 Wir wollen einen stringenten und handlungsfähigen Abwicklungsmechanismus bei  
466 Banken Krisen. Das System, dass Kosten auf die Allgemeinheit umgewälzt werden,  
467 während der Nutzen dem engen Stakeholder-Kreis zugutekommt, muss der  
468 Vergangenheit angehören. Daher fordern wir einen glaubhaften Übergang vom Bail-  
469 out zum Bail-in. Wir sehen eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf  
470 europäischer Ebene kritisch, setzen uns aber für eine Harmonisierung der  
471 Absicherung ein. Die Einlagensicherung muss an die nationale Kaufkraft angepasst  
472 werden. Kleinere Sparkassen, Volks- und Genossenschaftsbanken (nach der  
473 Definition der EZB "Less Significant Institutions") sollen von Zahlungen in den  
474 Abwicklungsfonds ausgenommen werden.

#### 475 **Bekämpfung der Steuervermeidung**

476 Wir wollen ein einfacheres, faireres und stabileres Umfeld für Unternehmen  
477 verwirklichen. Nur wenn es europaweit einheitliche Grundregeln gibt, kann ein  
478 fairer und transparenter Wettbewerb stattfinden. Schlupflöcher und steuerliches  
479 Untertauchen müssen effektiv bekämpft werden. Dafür braucht es unter anderem  
480 eine EU-weite, effiziente Umsetzung der Anti-Tax-Avoidance Directive (ATAD) bzw.  
481 Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung. Diese schlägt fünf  
482 rechtsverbindliche Maßnahmen gegen Missbrauch vor, die alle Mitgliedstaaten  
483 gegen aggressive Steuerplanung durchsetzen müssen. Diese sind:  
484 Hinzurechnungsbesteuerung, Switch-over Klausel, Wegzugsbesteuerung,  
485 Hinzurechnungsmethode und Methodenwechsel.

#### 486 **Fairer Steuerwettbewerb mit gleichen Vorzeichen**

487 Wir fordern eine einzige Steuererklärung für Unternehmen für alle ihre EU-  
488 Aktivitäten. Dafür braucht es ein harmonisiertes System zur Berechnung der  
489 steuerpflichtigen Gewinne von Unternehmen in der EU. Die gemeinsame  
490 (konsolidierte) Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (G(K)KB) bzw. Common  
491 Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) ist ein mächtiges Instrument zur  
492 Bekämpfung der Steuervermeidung.

#### 493 **Umsetzung der OECD-Empfehlungen und bessere Abstimmung der Steuersysteme**

494 Wir setzen uns für eine Harmonisierung der bilateralen  
495 Doppelbesteuerungsabkommen von EU-Staaten ein. Zusätzlich fordern wir eine  
496 zeitnahe Übernahme der OECD Updates in der EU mit dem Ziel eines EU-weit  
497 einheitlichen Standardabkommens. Des Weiteren braucht es eine bessere Abstimmung  
498 und Vereinfachung des Umsatzsteuer-Systems: Einen großen Teil der  
499 Steuervermeidung in Europa, insbesondere im digitalen Bereich, macht die  
500 Umsatzsteuerumgehung aus. Am besten zu lösen wäre dies durch ein generelles  
501 Reverse-Charge-System (also der Übergang der Steuerschuld auf den  
502 Leistungsempfänger) für die Abfuhr der Umsatzsteuer zwischen inländischen  
503 Unternehmen sowie entsprechendes Reverse-Charge-System auf europäischer Ebene.  
504 Langfristiges Ziel ist, dass nur mehr der/die Letzte in der Wertschöpfungskette  
505 die Umsatzsteuer deklariert und abführt.

## 506 **Wirtschaftswachstum neu messen**

507 Wir stehen für neue Maßeinheiten zur Bewertung des wirtschaftlichen Erfolgs von  
508 alternativen Kennzahlen zur Messung des Wohlstandes. Alternative zusätzliche  
509 Indikatoren umfassen beispielsweise Daten zu Gesundheit, Bildung, Zufriedenheit.  
510 Damit können wir Wohlstand und Lebensqualität besser abbilden. Wir fordern  
511 daher, dass entsprechende Parameter als Beilage zum BIP in den entsprechenden  
512 Länderberichten der EU-Kommission stärker zum Ausdruck kommen.

## 513 **Außenpolitik: Europa als selbstbewusster** 514 **globaler Akteur**

### 515 **Herausforderung**

516 Die Europäische Union steht als globaler Akteur unter dem Druck nationalistisch  
517 und rücksichtslos agierender Mächte wie den USA, China und Russland. Vielerorts  
518 zeichnet sich ein Trend zu einer illiberalen Welt ab. Wir beobachten eine Abkehr  
519 vom Multilateralismus, von einer Internationalen Rechtsordnung und ihrem Ersatz  
520 durch reine Machtpolitik. Die EU agiert nach wie vor nicht einheitlich und hat  
521 so diesem Trend wenig entgegensetzen.

522 Das Engagement großer handelspolitischer Mächte für eine Handelspolitik mit  
523 hohen Standards geht zurück. Vielmehr wird der Abschluss stabiler und  
524 transparenter Handelsabkommen oft von nationalistischer, protektionistischer  
525 Politik blockiert. Das macht die EU z.B. im Fall von Handelskriegen verwundbar.

526 In der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) sind die EU-Mitgliedstaaten zwar  
527 weltweit der größte Geldgeber, doch die bilateralen Maßnahmen sind nicht  
528 aufeinander abgestimmt. Sie werden von Partikularinteressen gesteuert und die  
529 Beiträge sinken.

530 Rüstungsexporte in Drittstaaten werfen für die Europäische Gemeinschaft  
531 regelmäßig schwierige ethische Fragen auf. Gleich mehrere EU-Staaten befinden  
532 sich in der Liste der größten Waffenexporteure der Welt. EU-Staaten exportieren  
533 nach wie vor in Staaten mit problematischer Haltung zu Menschenrechten und an  
534 autoritäre Systeme, von denen einige auch in gewaltsame Konflikte involviert  
535 sind. Die Rüstungsexportkontrolle auf europäischer Ebene gewährleistet in ihrer  
536 gegenwärtigen Form weder, dass diese Exporte mit den europäischen Werten im  
537 Einklang sind, noch sorgen sie innereuropäisch für gleiche  
538 Wettbewerbsvoraussetzungen.

539 Trotz zahlreicher Bemühungen der Europäischen Union gibt es weiterhin in vielen  
540 Staaten des Westbalkans große Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit und dem Kampf  
541 gegen Korruption und organisiertes Verbrechen. Gleichzeitig ist die  
542 Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, hoch. Die Region wird zunehmend  
543 zum Spielball anderer geopolitischer Mächte und ist anfällig für radikales  
544 Gedankengut und politische Hoffnungslosigkeit.

545 Die Türkei – lange ein verlässlicher Partner in Sachen Handel und Sicherheit –  
546 wendet sich in den letzten Jahren von europäischen Werten ab. Der systematische  
547 Kampf gegen liberales Gedankengut, gegen die Meinungs- und Pressefreiheit,  
548 schließt derzeit einen Beitritt der Türkei zur EU aus.

549 Durch die Entscheidung der Briten für den Austritt aus der EU ist Großbritannien  
550 innenpolitisch ins Chaos geschlittert. Die Gestaltung eines zukünftigen  
551 Verhältnisses zwischen den Briten und der Union gestaltet sich schwierig. Zudem  
552 wird bei der Außen- und Sicherheitspolitik die Stimme der Briten fehlen.

## 553 **Vision**

554 Europa ist ein selbstbewusster globaler Akteur, der die europäische Souveränität  
555 verteidigt, statt die nationale. Europa bleibt im Umgang mit allen  
556 internationalen Partnern seinen Werten treu und spricht mit einer einzigen  
557 starken Stimme nach außen. Europa bemüht sich fortwährend um die Stärkung des  
558 internationalen Rechts, der internationalen Institutionen und der multilateralen  
559 Zusammenarbeit, um so zielorientiert zu der Lösung der ökologischen,  
560 wirtschaftlich und sozialen Probleme beitragen zu können.

561 Europa stärkt den offenen und regelbasierten Handel weiter und hält durch den  
562 dadurch gewonnenen Einfluss globale Standards bei Produktqualität, Umweltschutz  
563 und sozialen Rechten hoch. Wachstumschancen durch Freihandel werden genutzt und  
564 weitere Investitionen angezogen. Der von der Europäischen Union betriebene,  
565 wertebasierte Freihandel schafft Wohlstand und fördert Fortschritt und  
566 friedliches Zusammenleben in der europäischen Nachbarschaft und der ganzen Welt.  
567 Die WTO wird weiterentwickelt, denn wirtschaftlich stärker verflochtene Länder  
568 führen selten Krieg gegeneinander.

569 Die Entwicklungszusammenarbeit erfolgt gemeinschaftlich. Durch gezielte Projekte  
570 können echte Fortschritte bei der Bekämpfung von Armut und der Schaffung von  
571 Perspektiven in den EU-Partnerländern gemacht werden. Ein verstärkter Fokus auf  
572 die bestehenden Exportgüter dieser, insbesondere afrikanische Länder, kann ihre  
573 Exporte in die Europäische Union um ein Vielfaches erhöhen, was zum Beispiel  
574 Millionen von Bauern/Bäuerinnen und in der Textilbranche tätigen Menschen  
575 erhöhte Einkommen verschafft.

576 In ihrer Nachbarschaft investiert die Europäische Union in stabile  
577 Partnerschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Ein  
578 Städtepartnerschaftsprojekt zwischen europäischen und afrikanischen Städten ist  
579 Leuchtturm eines gelungenen Austausches. Am Westbalkan wurden mit der  
580 Unterstützung von Infrastrukturprojekten europäische Investitionen  
581 vorangetrieben und der Weg für nachhaltige Arbeitsplätze geebnet. Dies gibt auch  
582 Anstoß für weitere rechtsstaatliche Reformen. Die Europäische Union hat mit  
583 Großbritannien und der Türkei unterschiedliche, stabile Partnerschaften abseits  
584 der Vollmitgliedschaft aufgebaut.

## 585 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 586 **Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**

587 Die Außenpolitik der Europäischen Union und damit der/die Hohe Vertreter\_in  
588 verdient echten Entscheidungsspielraum und die Unterstützung aller  
589 Mitgliedstaaten. Er/Sie soll ein/e echte/r Außenminister\_in für die EU werden.  
590 Die Union soll ihre 2016 entschiedene klare wertebasierte Europäische  
591 Globalstrategie bedienen, anstatt 28 (bald 27) nationalstaatliche

592 Partikularinteressen. Dazu muss auch das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der  
593 Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der  
594 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) abgeschafft werden.  
595 Stattdessen soll per qualifizierter Mehrheit entschieden werden (55 Prozent der  
596 Mitgliedstaaten und 65 Prozent der Einwohner\_innen). Als Zwischenschritt wäre es  
597 denkbar, die Anwendung des Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP  
598 zumindest einzuschränken.

### 599 **Wertebasierter Freihandel**

600 Offener, wertebasierter, freier Handel mit möglichst vielen Staaten weltweit  
601 fördert den Wohlstand Europas und jenen unserer Handelspartner. Damit alle davon  
602 profitieren können, sind klare Regeln notwendig. Transparente Abkommen mit  
603 effektiven Schlichtungsverfahren sind die einzige Antwort auf die Willkür  
604 unberechenbarer politischer Führungspersönlichkeiten und die Gefahr von  
605 Handelskriegen. Wir setzen uns für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen  
606 und die regelkonforme Implementierung bereits abgeschlossener Verträge ein.  
607 Gleichzeitig wollen wir die Diskussion um solche Abkommen von einer  
608 polarisierten Angstdebatte zurück zu einem faktenbasierten politischen Diskurs  
609 führen.

### 610 **Vergemeinschaftung der finanziellen Mittel für die Entwicklungspolitik**

611 Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen sind die Grundlage dafür, in  
612 Partnerländern systemische Veränderungen und den Aufbau von nachhaltigen  
613 Strukturen zu erzielen. Wir sind für eine Vergemeinschaftung der finanziellen  
614 Mittel der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene. Damit können wir  
615 einen effizienten und kompetenten Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen  
616 und zur Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) beitragen und  
617 zugleich Partikularinteressen effektiv entgegenwirken. Die Fachkompetenzen der  
618 Mitgliedstaaten in den jeweiligen Sektoren sollen so effizienter unterstützt und  
619 weiterentwickelt werden, damit diese die gemeinsame EZA der EU effektiv umsetzen  
620 können. Alle Agenden und Mittel der EZA sollen in einer EU-  
621 Implementierungsagentur zusammengefasst werden, um einen effizienten Einsatz der  
622 Mittel mit der fachkundigen Expertise der einzelnen Mitgliedstaaten zu  
623 gewährleisten.

### 624 **Bildung im Fokus der Investitionen in Partnerstaaten**

625 Wir fordern einen verstärkten Fokus auf Bildungsinvestitionen in den  
626 Partnerstaaten. Europäischen Unternehmen kommt insbesondere bei Vorhaben im  
627 Bereich der Berufsbildung eine wichtige Katalysatorfunktion zu. Um  
628 nachfrageorientierte Ausbildungsmodelle aufsetzen zu können, müssen europäische  
629 Unternehmen und lokale Verbände als Bildungspartner mobilisiert werden. Ein  
630 besonderer Fokus soll auf die Beitrittskandidaten gelegt werden, wobei der  
631 Ansatz auch als Grundlage für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten dienen  
632 soll.

### 633 **1000 Städtepartnerschaften für Europa & Afrika**

634 Städte überall auf der Welt stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Es geht um  
635 Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Verkehrsplanung, effiziente Verwaltung,  
636 Krankenhäuser, Schulen, Sicherheit und vieles mehr. Europäische Städte können  
637 ihre Expertise und ihre Erfahrungen weitergeben. Sie können so gemeinsam mit der  
638 Europäischen Union direkt vor Ort ihren Beitrag dafür leisten, dass sich Städte  
639 in Schwellen- und Entwicklungsländern entwickeln und funktionierende Märkte  
640 entstehen können. Wir fordern 1000 Partnerstädte für Europa, von Tallinn über  
641 Wels bis Málaga und Thessaloniki und auf der anderen Seite des Mittelmeers von  
642 Casablanca über Tripolis bis Asmara in Eritrea. Die Partnerschaft soll sich  
643 unterstützt vom Europäischen Ausschuss der Regionen auf die Expertise der  
644 jeweiligen Städte konzentrieren, um hier maximalen Fortschritt zu erzielen.

#### 645 **Unterstützung der Einrichtung von Sonderentwicklungszonen entlang der** 646 **Migrationsrouten**

647 Flucht und Migration finden überwiegend zwischen benachbarten  
648 Entwicklungsländern mit begrenzten Aufnahmekapazitäten und wirtschaftlichen  
649 Möglichkeiten statt. Deshalb muss die Europäische Union besonders diese  
650 Aufnahmegesellschaften unterstützen. Wir setzen uns für die Einrichtung von  
651 Sonderentwicklungszonen nach den Konzepten anerkannter Expert\_innen in diesem  
652 Bereich ein. Dort sollen der Arbeitsmarkt und das Sozialsystem für Flüchtlinge  
653 und Migrant\_innen voll geöffnet sein. Im Gegenzug räumt die EU von dort  
654 stammenden Produkten einen erleichterten Zugang zum EU-Markt ein. Dadurch sollen  
655 neue Lebensräume entlang der Migrationsrouten geschaffen und die wachsenden  
656 Städte gefördert werden. Wenn man mehrere solche Zonen über verschiedene  
657 afrikanische Länder verteilt, können dort Millionen von Menschen vernünftig  
658 leben. Mögliche Standorte wären etwa zwischen Somalia und Kenia, in Libyen,  
659 Westafrika und entlang der Migrationsrouten.

#### 660 **An der Gemeinsamen Außenpolitik orientierte Rüstungsexportkontrolle**

661 Auf europäischer Ebene besteht kein einheitliches System der  
662 Rüstungsexportkontrolle. Zwar sind 26 EU-Staaten Mitglieder des Wassenaar-  
663 Abkommens für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und  
664 doppelverwendungsfähigen Gütern und Technologien, doch ist dieses nicht bindend.  
665 Einige EU-Staaten haben strenge Regeln für den Waffenexport, andere eher laxe.  
666 Das führt zu ungleichen Wettbewerbsvoraussetzungen auf dem innereuropäischen  
667 Rüstungsmarkt, aber auch zu intransparenten Entscheidungen und einem  
668 uneinheitlichen Agieren nach außen. Wir fordern eine einheitliche und bindende  
669 Lösung zur Kontrolle von Waffenexporten und doppelverwendungsfähigen Gütern, die  
670 sich an den Leitlinien der europäischen Gemeinsamen Außen- und  
671 Sicherheitspolitik orientiert und an politischer Stabilität des importierenden  
672 Staates, Achtung der Menschenrechte und daran, ob ein Staat in eine kriegerische  
673 Auseinandersetzung involviert ist.

#### 674 **Infrastrukturoffensive für den Westbalkan**

675 Das Beibehalten der Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans, wie in  
676 der Westbalkanstrategie der Europäischen Kommission festgelegt, ist ein

677 zentraler Punkt bei der Weiterentwicklung der Beziehungen der EU mit dieser für  
678 uns so wichtigen Region. Die Europäische Union ist der größte Investor und  
679 Handelspartner der Westbalkanstaaten. Damit diese schneller an uns heranrücken,  
680 die EU-Investments am Westbalkan abgesichert werden und der Markt für weitere  
681 Investitionen geöffnet wird, um nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen, braucht  
682 es eine Infrastrukturoffensive. Diese beinhaltet einen massiven Ausbau des  
683 Straßen-, Schienen-, Strom- und Telekommunikationsnetzes (Glasfaser) sowie  
684 sauberer Energieformen. Das ist zwar sehr kostspielig, bringt aber in der  
685 Nachbarschaft der Europäischen Union auf lange Sicht mehr, als  
686 Entwicklungsprojekte und Symptombekämpfung im Sicherheitsbereich. Um ein gutes  
687 Umfeld für europäische Investments und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen zu  
688 gestalten, braucht es eine verlässliche Infrastruktur.

### 689 **Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei**

690 Während die Türkei bereits seit den 90er Jahren über Kandidatenstatus für die  
691 Aufnahme in die Europäische Union verfügt, haben sich nicht nur ihre Chancen für  
692 einen Beitritt verflüchtigt, sondern offenbar auch ihr Interesse daran. Die  
693 türkische Regierung unterdrückt und inhaftiert Intellektuelle und  
694 Journalist\_innen, Oppositionelle und andere Gegner des Erdogan-Regimes. Sie  
695 schränkt Minderheitenrechte ein und führt Krieg gegen die liberale Demokratie.  
696 Wenn Europa sich selbst ernst nimmt, kann es darauf nur eine Antwort geben: den  
697 Abbruch der Beitrittsverhandlungen. Ungeachtet dessen muss Europa weiterhin auf  
698 Unterstützung von und Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen setzen,  
699 die sich für Demokratie und Rechtstaatlichkeit in der Türkei einsetzen.

### 700 **Klare europäische Linie bezüglich Russland**

701 Wir wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der  
702 völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim sowie den Wiederaufbau einer  
703 vertrauensvollen Beziehung zu Russland. Für uns sind die Prinzipien des  
704 Völkerrechts und der Menschenrechte in der europäischen Friedensordnung nicht  
705 verhandelbar. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten  
706 Sanktionen. Bei einem substanziellen Einlenken Russlands können sie gelockert  
707 oder aufgehoben werden. Wir müssen in die Medienkompetenz der Bürger\_innen  
708 investieren, damit diese die demokratiegefährdende Propaganda von Seiten  
709 Russlands erkennen können. Gleichzeitig bleiben wir mit Russland wirtschaftlich,  
710 kulturell und politisch eng verbunden und wollen Gesprächskanäle offenhalten.  
711 Dazu fordern wir die Aufhebung der Visumpflicht für russische Schüler\_innen und  
712 Studierende sowie aktivere Bewerbung von Schüler\_innen- und  
713 Studierendenaustauschprogrammen zwischen Russland und der EU und die  
714 Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

### 715 **Beziehungsneustart mit Großbritannien**

716 Europa muss aus der desaströsen Entwicklung des Brexit einerseits seine Lehren  
717 ziehen und in jedem Falle verhindern, dass so etwas jemals wieder passiert.  
718 Andererseits sollen Großbritannien für einen erneuten Beitritt nicht nur  
719 rechtlich die Türen offenstehen, sondern die Union muss weiterhin eine

720 ausgestreckte Hand in Richtung unserer britischen Freund\_innen halten und die  
721 größtmögliche Nähe des UK zur EU anstreben. Großbritannien ist und bleibt ein  
722 europäischer Staat, der die europäischen Werte im Herzen trägt und europäische  
723 Diplomatie über Jahrhunderte maßgeblich mitgestaltet hat und hat somit einen  
724 Platz in der Europäischen Union. Das soll unser Ziel sein.

## 725 **Asyl und Migration: Nachhaltige Lösungen für** 726 **globale Migration** 727 **Herausforderung**

728 Die Union geriet in den letzten Jahren durch Fluchtbewegungen aus Krisengebieten  
729 und größeren Migrationsbewegungen aus ökonomischen Gründen vermehrt unter Druck.  
730 Die Mitgliedstaaten reagierten mit unkoordinierten Einzelmaßnahmen anstatt mit  
731 einer gemeinsamen europäischen Strategie. Irreguläre Migrant\_innen mischen sich  
732 mit Schutzsuchenden und stellen Asylanträge in europäischen Staaten. In Italien,  
733 für viele das Land, durch das sie in die EU einreisen, warten Asylwerber\_innen  
734 in der Folge mindestens zwei Jahre auf eine erstinstanzliche Entscheidung und  
735 weitere zwei Jahre für eine Entscheidung im Berufungsverfahren. Auch in  
736 Österreich sind lange Verfahrensdauern keine Seltenheit. In der Regel bleibt  
737 momentan fast jede/r, der/die nach Europa gelangt, hier, denn es bestehen nach  
738 wie vor nur mit wenigen der Top Herkunftsstaaten verlässliche Rücknahmeabkommen.

739 Für den Asylbereich sieht das bisherige Dublin-System vor, dass grundsätzlich  
740 jener Staat für Asylanträge zuständig ist, in dem Schutzsuchende erstmals EU-  
741 Boden betreten haben. Diese Regel belastet die EU-Mitgliedstaaten an den  
742 Außengrenzen, wie etwa Italien, Spanien oder Griechenland, überproportional. Ein  
743 kooperatives System der gerechten Verteilung von Schutzberechtigten auf die EU-  
744 Staaten scheidet bisher an Blockaden durch einige Mitgliedstaaten.

745 Die im Jahr 2018 aufgekommenen Vorschläge über Aufnahmezentren in Drittstaaten  
746 verkomplizierten die Debatte zunehmend. Es besteht keinerlei Konsens darüber, wo  
747 solche Aufnahmezentren für Schutzsuchende eingerichtet werden könnten, denn kein  
748 Drittstaat ist bisher damit einverstanden. Gleichzeitig gibt es keinen  
749 realistischen Vorschlag dazu, wie solche Konzepte völker- und  
750 menschenrechtskonform umgesetzt werden könnten.

751 Die Union ist gefordert, eine Asyl- und Migrationspolitik zu betreiben, die  
752 nachhaltig ist und rechtsstaatlichen Grundsätzen sowie menschenrechtlichen  
753 Normen gerecht wird. Nicht jede/r, der/die das möchte, kann uneingeschränkt in  
754 Europa einreisen und hier leben. Es braucht klare Regeln und  
755 Steuerungsmechanismen für die Migrationsbewegungen der Gegenwart und der  
756 Zukunft. Parallel gilt es, die Personenfreizügigkeit (Reisefreiheit) innerhalb  
757 der europäischen Union für Unionsbürger\_innen zu garantieren. Unkontrollierte  
758 Grenzübertritte und Binnenwanderungen von Schutzsuchenden müssen unterbunden  
759 werden.

760 Gleichzeitig gelangen jedes Jahr doppelt so viele Arbeitsmigrant\_innen,  
761 Saisonarbeiter\_innen, Student\_innen, Wissenschaftler\_innen und Personen, die  
762 durch Familienzusammenführung einreisen, legal in die Europäische Union wie

763 irreguläre Migrant\_innen. Die Union erreicht laut OECD nach wie vor nicht  
764 annähernd ihr volles Potenzial, qualifizierte Fachkräfte anzuziehen. Nur etwas  
765 über 25% der Einwander\_innen verfügen über Hochschulbildung. Eine  
766 bedarfsorientierte Steuerung der Arbeitsmigration konnte bislang weder auf EU-  
767 noch auf nationaler Ebene zufriedenstellend organisiert werden. Reformen für die  
768 Blue Card scheitern bisher an den Mitgliedstaaten.

769 Die lösungsorientierte Debatte in den Politikfeldern Asyl, Migration und  
770 Integration versinkt zunehmend in einem emotional aufgeladenen Populismus, der  
771 nicht an Lösungen, sondern daran interessiert ist, aus den Problemlagen  
772 politisches Kapital zu schlagen. Angst und Angstmake werden zum politischen und  
773 medialen Geschäftsmodell. Die Spaltung der Gesellschaft wird bewusst in Kauf  
774 genommen und vorangetrieben.

## 775 **Vision**

776 Die Europäische Union ist stolz auf ihre lange Tradition in der Aufnahme von  
777 Schutzsuchenden, die nicht zuletzt auch von den Fluchterfahrungen der  
778 europäischen Bevölkerung vor Krieg und Verfolgung durch die totalitären Systeme  
779 des 20. Jahrhunderts tief geprägt ist. Sie begegnet gegenwärtigen und künftigen  
780 Herausforderungen in diesem Bereich mit Solidarität und Vernunft. Das  
781 Asylanspruchsrecht nach Maßgabe der Genfer Konvention und der EU-Grundrechtecharta  
782 auf europäischem Territorium ist ein Recht, das in der Europäischen Union fix  
783 besteht. Die Union bekennt sich zum UN-Flüchtlingspakt.

784 Die Union verfügt über ein gemeinsames Asylsystem mit einheitlichen Standards.  
785 Eine EU-Asylbehörde verwaltet nach einer Grundabklärung in Aufnahmezentren an  
786 der EU-Außengrenze dezentral die Verfahren von Antragstellung bis zur  
787 Entscheidung in den Mitgliedstaaten. Rasche und qualitätsvolle Verfahren sorgen  
788 für Rechtssicherheit und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen  
789 Verpflichtungen. Personen mit negativem Asylbescheid werden sofort in die  
790 Herkunftsländer zurückgeschickt. Frontex wurde besser ausgestattet und ihr  
791 Mandat der Aufgabe entsprechend erweitert. Gleichzeitig sorgen Schutzzentren in  
792 den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang den Migrationsrouten  
793 dafür, dass Menschen vor Verfolgung sicher sind und dennoch in ihrer  
794 Herkunftsregion bleiben können.

795 Durch legale Migrationsmöglichkeiten können ausgebildete Fachkräfte und  
796 potentielle Arbeitskräfte in Mangelberufen nach Europa gelangen. Die Union setzt  
797 Maßnahmen um, die einen Brain-Drain in den Herkunftsstaaten verhindern. Durch  
798 ein System von Anreizen werden Fachkräfte ermutigt, nach Ausbildung und  
799 gewonnener Arbeitserfahrung in Europa ihre Kenntnisse auch in ihren  
800 Herkunftsländern einzusetzen.

## 801 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 802 **Koalition der Entschlossenen**

803 Wir fordern zeitnahe Lösungen bis es zu einer unionsweiten Realisierung eines  
804 gemeinsamen Asylsystems und einheitlichen Bestimmungen für Rückführungen kommt.  
805 Deshalb soll eine Koalition von entschlossenen Staaten unter Beteiligung

806 Österreichs voran gehen und ein gemeinsames Asylsystem einführen sowie auf  
807 konsequente und zeitnahe Umsetzung von bereits vorhandenen  
808 Kommissionsvorschlägen drängen. Zudem fordern wir eine verstärkte Teilnahme  
809 aller Mitgliedstaaten an freiwilligen Resettlement-Programmen in Zusammenarbeit  
810 mit dem UNHCR.

### 811 **Rasche Umsetzung der Kommissionsvorschläge zur Reform des europäischen** 812 **Asylsystems**

813 Das Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission stellt ein dringend benötigtes  
814 Update der aktuellen EU-Rechtslage auf dem Gebiet der Asylpolitik dar und sollte  
815 als erster Schritt so schnell wie möglich umgesetzt werden. Diese im Sommer 2016  
816 vorgelegten sieben Gesetzesvorschläge beinhalten eine umfassende Reform des  
817 europäischen Asylsystems. Sie verfolgen die Ziele, die Aufnahmestandards und  
818 Verfahrensvorschriften zu harmonisieren, europäische Verfahren auf  
819 internationalen Schutz einheitlich, effizient und fair zu gestalten sowie die  
820 Aufteilung von Asylwerber\_innen solidarischer zu gestalten und Binnenmigration  
821 zu stoppen. So ist darin etwa auch ein einheitlicher Arbeitsmarktzugang nach  
822 sechs Monaten sowie eine Residenzpflicht für Asylwerber\_innen vorgesehen.  
823 Schutzsuchenden muss es möglich sein, einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen,  
824 denn zentraler Schlüssel zur erfolgreichen Integration ist Beschäftigung.

### 825 **Gemeinsame europäische Asylbehörde mit Grundabklärung an der EU-Außengrenze**

826 Künftige Herausforderungen können nur mit einem gemeinsamen EU-Asylsystem  
827 nachhaltig gelöst werden. Die Schaffung einer europäischen Asylbehörde sorgt  
828 dafür, dass die Standards und Kriterien für die Gewährung von internationalem  
829 Schutz einheitlich sind. Dies bedeutet, dass anstelle der nationalen  
830 Asylbehörden eine europaweite Behörde für das Verfahren von der Antragstellung  
831 bis zur Entscheidung zuständig ist. In Aufnahmezentren an der EU-Außengrenze  
832 soll eine Grundabklärung durchgeführt werden: Schutzsuchende mit hoher  
833 Bleibewahrscheinlichkeit (z.B. aus Kriegsregionen) werden auf die  
834 Mitgliedstaaten verteilt; jene, die aus sicheren Drittstaaten kommen und keinen  
835 Asylgrund glaubhaft machen können, werden in die Herkunftsländer zurückgeführt.

836 Nach positiver Grundabklärung werden die Schutzsuchenden zunächst auf Basis von  
837 freiwillig zur Verfügung gestellten Resettlement-Kontingenten auf die  
838 Mitgliedstaaten verteilt. Sollten diese in Zeiten mit hohen Antragszahlen nicht  
839 ausreichen, tritt automatisch ein Entlastungsschlüssel zur verpflichtenden  
840 Aufteilung in Kraft. Dieser wird anhand von BIP, Bevölkerung und bisher  
841 erbrachten Leistungen in Bezug auf Asylwerber\_innen berechnet, um  
842 Mitgliedstaaten, die bereits viele Personen aufgenommen haben, zu entlasten. Die  
843 Weigerung sich an solch einem gemeinsamen Asylsystem zu beteiligen, kann neben  
844 monetären Konsequenzen den Ausschluss aus dem Schengenraum zur Folge haben  
845 (Schengen 2.0).

### 846 **Rasche Verfahren und konsequente Rückführungen**

847 In den Mitgliedstaaten sollen rasche und qualitätsvolle Verfahren durch die  
848 Außenstellen der gemeinsamen europäischen Asylbehörde für Rechtssicherheit und

849 die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen sorgen. Die  
850 maximale Dauer bis zur zweitinstanzlichen Entscheidung soll 180 Tage betragen.  
851 Bis zur Realisierung der EU-Asylbehörde werden die Verfahren nach einheitlichen  
852 europarechtlichen Standards von den Behörden der Mitgliedstaaten durchgeführt.  
853 Ein negativer Asylbescheid bedeutet: entschlossene Rückführung in die  
854 Herkunftsländer. Wer kein Recht hat zu bleiben, hat die Pflicht zu gehen. Dies  
855 soll durch die konsequente Anordnung der Schubhaft, Förderung der freiwilligen  
856 Rückkehr, sowie den Ausbau von Rückkehrprogrammen erreicht werden.

857 Die EU muss sofort und konsequent den Ausbau von Rückführungsabkommen mit den  
858 wichtigsten Herkunftsländern verstärken. Um deren Abschluss zu ermöglichen,  
859 sollte die Union je nach Verhandlungslage und Erfolgsaussicht Anreize (wie z.B.  
860 Entwicklungshilfeszahlungen, verstärkte Wirtschaftskooperationen, Kontingente für  
861 legale Migration in Form von Arbeitsvisa oder Stipendien) bzw. Druckmittel (wie  
862 z.B. eine strengere Visapolitik) einsetzen. So wird eine gezielte und  
863 kontrollierte Migration und die Einhaltung von völker- und menschenrechtlichen  
864 Verpflichtungen gewährleistet.

### 865 **Schutzzentren entlang der Hauptmigrationsrouten**

866 Menschen, die sich, aus welchem Grund auch immer, aus ihrem Heimatland auf den  
867 Weg machen, muss die Möglichkeit auf Schutz vor Verfolgung und eine  
868 menschenwürdige Unterbringung gegeben werden. Daher fordern wir vom UNHCR und  
869 der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betriebene Schutzzentren in  
870 den Top-Herkunftsstaaten und in allen Staaten entlang der Hauptmigrationsrouten,  
871 in denen Menschen sicher sind. Gleichzeitig soll es in diesen Zentren die  
872 Möglichkeit geben, Menschen in ihre Herkunftsstaaten rückzuführen, wie dies  
873 bereits jetzt von der IOM gemacht wird. Asylanträge können dort keine gestellt  
874 werden. Auf diese Weise entsteht in den Staaten Nordafrikas kein großer  
875 Migrationsdruck mehr und Länder entlang der Migrationsrouten werden entlastet.

876 ☒ *Fluchtursachenbekämpfung siehe Außenpolitik-Kapitel*

### 877 **Verbesserung des Außengrenzschutzes**

878 Europa braucht eine echte Grenzschutzbehörde, wie dies zum Teil im am 12.  
879 September 2018 veröffentlichten Vorschlag der EU-Kommission vorgeschlagen wird.  
880 Frontex braucht eigene Mittel (zur Land-, Luft-, und Seeüberwachung), mit denen  
881 der Grenzschutz organisiert wird. Wenn das Frontex-Mandat in diesem Sinne  
882 erweitert wird, muss gleichzeitig die Dublin-Neuverordnung, ein europäisches  
883 Asylsystem und die Zukunft des Schengenraums diskutiert und entschieden werden.  
884 Der Entwurf der neuen Frontex Verordnung fordert konsequenterweise, dass Frontex  
885 in Drittstaaten aktiv werden kann und diese Länder auch (etwa am Westbalkan) bei  
886 Rückführungen unterstützen kann. Diesen Staaten fehlen oft z.B. Flugzeuge,  
887 Menschenrechtsexpert\_innen, etc., um Rückführungen durchzuführen. Für den Ausbau  
888 der Kooperation mit Drittstaaten braucht es verlässliche Abkommen.

### 889 **Rückkehr- und Chancenprogramme für Menschen mit subsidiärem Schutz sowie** 890 **Vermeidung von Brain-Drain**

891 Viele Menschen fliehen heute nicht aufgrund von persönlicher Verfolgung, sondern  
892 vor Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts. Diese Menschen erhalten in der  
893 Regel subsidiären Schutz, der grundsätzlich über einzelne Verlängerungen nur für  
894 die Dauer des Konflikts gewährt wird. Viele dieser Flüchtlinge haben in EU-  
895 Mitgliedstaaten vertiefende Ausbildungen abgeschlossen und Wissen gewonnen, das  
896 im Rahmen des Wiederaufbaus dringend benötigt wird. Schutzsuchenden, die bereit  
897 sind, am Ende eines Konflikts für eine Dauer von zwei Jahren freiwillig in ihr  
898 Herkunftsland zurückzukehren, sollen dafür anschließend erleichterte Arbeits-  
899 und Aufenthaltsbedingungen in den EU-Mitgliedstaaten gewährt werden. Ähnliche  
900 Programme soll es für jene Menschen geben, die aufgrund eines akuten  
901 Arbeitskräftemangels legal nach Österreich bzw. die EU immigrieren. Auch hier  
902 soll eine erleichterte Arbeitserlaubnis mit einer Bereitschaft, das gewonnene  
903 Fachwissen anschließend im Heimatstaat zu nützen, verbunden werden. Bildung und  
904 Know-How ist für uns die stärkste Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

### 905 **Evaluierung und Reform der Blue Card**

906 Die EU braucht nicht nur hochqualifizierte Kräfte, sondern auch andere  
907 Schlüssel- und Fachkräfte, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Daher ist  
908 es notwendig, die europäische Blue Card zu reformieren und zu erweitern. Damit  
909 können wir ein effizientes System erfolgreicher Arbeitsmigration für ganz Europa  
910 schaffen. Es braucht einheitliche Kriterien, Standards und Regeln in allen  
911 Mitgliedstaaten sowie eine gemeinsame Analyse, wie viele Fachkräfte in welchem  
912 Zeitraum und in welchen Branchen und Mitgliedstaaten notwendig sind (EURES  
913 stärken). Die Kriterien für eine Blue Card müssen transparent und leicht  
914 zugänglich sein (etwa ein Online Register für in Frage kommende Berufe und  
915 Qualifikationen). Durch die Blue Card soll Zugang für qualifizierte  
916 Arbeitskräfte zum gesamten europäischen Arbeitsmarkt geschaffen werden und auch  
917 die Mobilität innerhalb der EU erleichtert werden.

### 918 **Sicherheit und Verteidigung: ein starkes Europa,** 919 **das seine Bevölkerung gemeinsam schützt** 920 **Herausforderung**

921 Europa ist spätestens seit der Krim-Krise und der Trump-Wende zur „USA-First“-  
922 Außenpolitik und die dadurch entstehenden Gelegenheiten für andere globale  
923 Großmächte, sich (über-)regionale Vormachtstellungen zu sichern, mit neuen  
924 sicherheitspolitischen Fragestellungen konfrontiert: Gewaltandrohung und -  
925 einsetzung, dem Wettrüsten und Partnerschaften, die über Jahrzehnte stabil  
926 bestanden haben, verlieren an Verlässlichkeit. Die neue geopolitisch-  
927 militärische Relevanz Chinas und die Spannungen zwischen Russland und den USA  
928 bzw. der EU haben die außen- und sicherheitspolitischen Anforderungen an Europa  
929 dramatisch erhöht. Andere Mächte, die Europa nicht nur wohlgesinnt sind, haben  
930 gelernt, die europäischen Schwächen schnell zu erkennen und zu ihrem eigenen  
931 Vorteil zu nutzen.

932 Für Europa ist es in diesem internationalen Umfeld von größter Bedeutung, in  
933 Verteidigungs- und Sicherheitsfragen näher zusammenzurücken. Mangelnder  
934 politischer Wille, nationale Engstirnigkeit und wenig praktikable

935 Entscheidungsstrukturen verunmöglichen schnelle Reaktionen der EU. Die  
936 europäischen Staaten – auch Österreich – müssen sich darüber klar werden, wie  
937 viel Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik notwendig ist und welchen  
938 Beitrag sie zur europäischen Verteidigungsarchitektur leisten wollen. Die EU-  
939 Staaten haben zusammen die zweithöchsten militärischen Ausgaben weltweit.  
940 Mangelnde europäische Kooperation belastet nationale Budgets und erbringt nur  
941 einen Bruchteil an möglicher Effektivität: 80% der Beschaffung und 90% der  
942 Forschung und Entwicklung erfolgen auf nationalstaatlicher Ebene. Damit drohen  
943 wichtige Zukunftsfragen in den Hintergrund zu geraten. Der militärischen  
944 Effizienzsteigerung stehen also immer noch zu geringe Interoperabilität, wenig  
945 Zusammenwachsen der Verteidigungsinfrastruktur, bei der Ausrüstung und Mobilität  
946 entgegen. In Europa gibt es zum Beispiel 20 Flugzeugtypen, in den USA nur sechs.  
947 Europas Zugang ist teurer, umständlicher und erschwert Kooperation unter den  
948 Mitgliedstaaten. Auch beim Thema künstliche Intelligenz hinkt Europa in Fragen  
949 der Regulierung dem Fortschritt hinterher.

950 In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Europäer\_innen Opfer von  
951 Terrorismus und extremistischen Attacken. Immer enger verweben sich Netzwerke  
952 organisierter Kriminalität mit dschihadistischen und anderen radikalen,  
953 gewaltbereiten Gruppierungen. Gleichzeitig häufen sich Fälle von  
954 nationalistischer, rassistischer und religiös motivierter Gewalt, die eine  
955 Gefahr für das friedliche Zusammenleben von allen in Europa lebenden Menschen  
956 darstellen.

957 Im Bereich des organisierten Verbrechens sind Cybercrimes aller Art, sowie  
958 Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel auf dem Vormarsch. Zudem häufen sich  
959 Geldwäsche, Dokumentenfälschung und Umweltverbrechen. Die schnelle  
960 Vervielfältigung bestimmter Bedrohungen verlangt nach weiteren  
961 Integrationsschritten im Sicherheitsbereich. Die Herausforderung besteht darin,  
962 nicht nur Daten zu sammeln, sondern diese auch effektiv zu analysieren, an  
963 relevante Organe zu verteilen, Risiken vorherzusehen und schnell zu reagieren.

964 Die durch mangelnde Kooperation innerhalb der EU bedingte Anfälligkeit für  
965 hybride Bedrohungen gewinnt immer mehr an Relevanz. Staatliche und nicht-  
966 staatliche Akteure verwenden Desinformationskampagnen, Terroranschläge,  
967 Einflussnahme im Energiesektor, Cyberangriffe, aber auch Spionage, Korruption  
968 und anderen Maßnahmen, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu  
969 untergraben und Europa so zu schwächen.

## 970 **Vision**

971 Die Europäische Union ist ein schnell und flexibel handlungsfähiger Akteur, der  
972 seine Entscheidungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf Basis des  
973 internationalen Rechts und der in den Verträgen festgelegten europäischen Werte  
974 trifft. Das gilt für das militärische Eingreifen in gewaltsame Konflikte genauso  
975 wie für ziviles globales Krisenmanagement. Europa trägt dazu bei, die globale  
976 Sicherheit zu stärken und schützt seine Bevölkerung. Als verlässlicher Partner  
977 gleichgesinnter Staaten und internationaler Organisationen agiert eine  
978 selbstbewusste Union sicherheitspolitisch mit mehr Eigenständigkeit, aber

979 unabhängig in enger Zusammenarbeit mit globalen Partnern und spricht dabei mit  
980 einer Stimme.

981 Europa begegnet den Bedrohungen mit einer starken Gemeinsamen Sicherheits- und  
982 Verteidigungspolitik (GSVP), die mit globalen Partnern sensibel gegenüber  
983 rasanten geopolitischen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen  
984 Anpassungsfähigkeit an neue Anforderungen beweist. Statt die Augen vor den  
985 rasanten Entwicklungen im Sicherheitsbereich zu verschließen, greift Europa neue  
986 technologische Ansätze und Prozesse, die Erfolg versprechen, schnell auf und  
987 ermutigt enge Zusammenarbeit zwischen Entwicklern und Regulatoren. Damit wird  
988 eine schnelle Anpassung des europäischen Rechts an neu entstehende Umstände  
989 gewährleistet.

990 Die Analyse von gegenwärtigen und zukünftigen Bedrohungen erfolgt gemeinsam. Im  
991 Bereich der Vernetzung von Informations- und Nachrichtendiensten setzt die EU  
992 auf vertrauensbildende Maßnahmen und gemeinsame Standards. Europa schafft die  
993 notwendigen Rahmenbedingungen für einen gemeinsamen Nachrichten- bzw.  
994 Geheimdienst. Die Union räumt Europol ein den Herausforderungen angemessenes  
995 Mandat für grenzübergreifende Ermittlungen ein.

996 Die Union setzt weitere Integrationsschritte im Bereich Verteidigung und  
997 Sicherheit um. An deren Ende steht eine europäische Verteidigung mit einer  
998 gemeinsamen Europäischen Armee. Dabei kommt der Kooperation mit der NATO große  
999 Bedeutung zu.

## 1000 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1001 **Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips**

1002 Im Sinne der Subsidiarität lässt sich das Thema Sicherheit und Verteidigung klar  
1003 als einer jener Bereiche identifizieren, bei denen die Union effektiver und  
1004 effizienter sein kann als die einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Im Bereich der  
1005 Durchführung von Maßnahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der  
1006 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP) müssen  
1007 Entscheidungen auf EU-Ebene im Ministerrat immer noch einstimmig beschlossen  
1008 werden. Dieses Prinzip soll abgeschafft werden. Stattdessen soll per  
1009 qualifizierter Mehrheit (55% der Mitgliedstaaten und 65% der Einwohner\_innen)  
1010 entschieden werden. Als Zwischenschritt wäre es denkbar, die Anwendung des  
1011 Einstimmigkeitsprinzips im Bereich der GASP/GSVP-Durchführung zumindest  
1012 einzuschränken, mit dem Ziel, es mittelfristig ganz durch das Prinzip der  
1013 qualifizierten Mehrheit zu ersetzen.

### 1014 **Schritt für Schritt zu einer Europäischen Armee**

1015 Je stärker das politische Vertrauen desto enger die militärischen  
1016 Kooperationschancen zwischen den Mitgliedstaaten. Alle innereuropäisch  
1017 bestehenden Harmonisierungs- und Integrationsmöglichkeiten im Sicherheits- und  
1018 Verteidigungsbereich sind voll auszunutzen. Dringend ist unter anderem eine  
1019 gemeinsame und gemeinsam finanzierte Sicherung des europäischen Luftraums, die  
1020 etwa die Anschaffung von eigenen österreichischen Abfangjägern überflüssig  
1021 machen würde. Es braucht Schritte in Richtung einer europäischen Integration der

1022 Kommandostrukturen bei EU-Missionen. Langfristig ist eine Europäische Armee  
1023 unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle das Ziel, um die  
1024 europäische Souveränität zu jedem Zeitpunkt sichern und verteidigen zu können.  
1025 Zu allererst ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) im Bereich  
1026 Verteidigung über eine Liste mit nationalstaatlich vorangetriebenen Projekten  
1027 hinaus auszuweiten. In den nächsten Jahren sollen echte europäische Projekte  
1028 dazu kommen, die einen europäischen Mehrwert generieren und nicht nur die  
1029 Präferenzen nationalstaatlicher Rüstungskonzerne widerspiegeln.

### 1030 **Gemeinsame Beschaffung und Nutzung von militärischer Ausrüstung**

1031 Wir setzen uns für Initiativen zur gemeinsamen Beschaffung, Finanzierung und  
1032 Nutzung von militärischer Ausrüstung ein, um Verteidigungsbudgets zu schonen und  
1033 eine Spezialisierung der einzelnen Mitgliedstaaten voranzutreiben, bzw. eine  
1034 sinnvolle Aufgabenteilung im Verteidigungsbereich zu erreichen. Die Europäische  
1035 Kommission präsentierte im März 2018 einen Aktionsplan zur Verbesserung der  
1036 militärischen Mobilität in Europa. Dieser muss rasch umgesetzt werden. Damit  
1037 können wir sicherstellen, dass die europäischen Straßen- und Bahnnetze auch auf  
1038 die Bedürfnisse militärischer Mobilität angepasst werden. Gleichzeitig sollen  
1039 nationale Regeln zum schnellen grenzüberschreitenden Transport militärischer  
1040 Güter und militärischen Personals vereinfacht und harmonisiert werden.

### 1041 **Fokussierung von Forschung und Entwicklung auf europäischer Ebene**

1042 Seit 2010 betragen die jährlichen Ausgaben für gemeinschaftliche Forschung und  
1043 Technologie im Verteidigungsbereich in Europa weniger als 200 Mio Euro jährlich.  
1044 Die Kommission hat einen Gesetzesvorschlag für den Zeitraum 2021 bis 2027 über  
1045 die Errichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds, der mit 13 Mrd Euro  
1046 dotiert sein soll, beschlossen. Um international mithalten zu können, ist es  
1047 notwendig, Know-How und finanzielle Mittel im Bereich Forschung und Entwicklung  
1048 noch mehr zu bündeln. Die Europäische Union muss rechtzeitig beginnen, sich in  
1049 jedem Bereich mit künstlicher Intelligenz zu beschäftigen, besonders mit ihren  
1050 möglichen Auswirkungen auf die europäische Sicherheitslage. Eine frühe  
1051 gemeinsame Nutzen- und Risikoabschätzung von Künstlicher Intelligenz im  
1052 Sicherheits- und Verteidigungsbereich ist unbedingt notwendig.

### 1053 **Verteidigungs- und Sicherheitskooperation mit der europäischen Nachbarschaft und 1054 mit der NATO-Partnership for Peace**

1055 Die Sicherheitslage in Europa ist abhängig von der Sicherheitslage in der  
1056 unmittelbaren und mittelbaren Nachbarschaft. Es ist daher notwendig, im  
1057 Sicherheitsbereich so eng wie möglich mit den Nachbarstaaten zu kooperieren.  
1058 Dies gilt vor allem auch mit der NATO-Partnership for Peace. Weiters sollen  
1059 Kooperationen wie PESCO auch für die Staaten des Westbalkans eine Möglichkeit  
1060 der Mitwirkung enthalten. Dies ermöglicht es, gegenwärtige und potenzielle  
1061 Beitrittskandidaten auf die Arbeitsweisen der Union im Verteidigungsbereich  
1062 heranzuführen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Wir streben eine engere  
1063 Kooperation der Westbalkanstaaten mit Europol an, um den Kampf gegen das  
1064 organisierte Verbrechen voranzutreiben.

## 1065 **Zusammenarbeit der Nachrichtendienste**

1066 Noch immer denkt Europa im Bereich der Nachrichtendienste in nationalen  
1067 Strukturen, die sich bisher nur beschränkt miteinander austauschen. Es gibt zwar  
1068 Teilbereiche, in denen wir übergreifende Netzwerke zu bauen beginnen, doch sind  
1069 wir immer noch nicht wirklich eng vernetzt. Auf europäischer Ebene muss deshalb  
1070 ein Dienst geschaffen werden, der dem Europäischen Parlament verantwortlich ist.  
1071 Eine Europäische Armee, die früher oder später in Europa Realität sein wird, ist  
1072 ohne einen Geheimdienst blind. Gleichzeitig braucht ein solcher gemeinsamer  
1073 Nachrichtendienst starke Kontrolle, die eine schnelle Schadensbegrenzung  
1074 ermöglicht, sollte ein Staat an den Werten der liberalen Demokratie rütteln und  
1075 drohen, seinen Zugang zu Informationen zu missbrauchen.

## 1076 **Mehr Mittel und finanzielle Flexibilität für Europol**

1077 Europol braucht mehr finanzielle Mittel, um auf bekannte und neue  
1078 Herausforderungen im Sicherheitsbereich schnell reagieren zu können. Anders als  
1079 bei Frontex hat man bei Europol noch die Chance, die Agentur bereits im Vorfeld  
1080 künftiger Aufgaben mit ausreichend Mittel auszustatten. Außerdem fordern wir,  
1081 das Ein-Jahres-Budget abzuschaffen. Gegenwärtig gilt für Europol nämlich die  
1082 Regel, dass das Budget des jeweiligen Jahres bis exakt zum Jahresende  
1083 vollständig ausgegeben werden muss. Somit kann Europol in "ruhigeren" Zeiten  
1084 keinerlei Reserven bilden, um gegebenenfalls rasch auf neue Entwicklungen  
1085 reagieren zu können. Hier setzen wir uns für mehr Flexibilität im Sinne der  
1086 europäischen Sicherheit ein.

## 1087 **Investition in die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft gegen hybride** 1088 **Bedrohungen**

1089 Hybride Bedrohung meint im Sicherheitskontext vereinfacht gesagt eine Situation,  
1090 in der ein Staat oder ein nicht-staatlicher Akteur sich einer Vielzahl an  
1091 legalen und illegalen, an militärischen und nicht-militärischen Methoden  
1092 bedient, um seinen Einfluss zu vergrößern. Nur eine widerstandsfähige  
1093 Gesellschaft ist eine wirkungsvolle Antwort auf hybride Bedrohungen. Wir  
1094 brauchen eine gut trainierte Polizei, starke Anti-Korruptionsbehörden,  
1095 Transparenz im Energiesektor und bei der Parteienfinanzierung, aber auch  
1096 unabhängige und finanziell stabile Medien und gut informierte, kritische  
1097 Bürger\_innen. Hybride Methoden zielen in erster Linie auf Gesellschaften und die  
1098 Mentalität der Bürger\_innen, auf ihre Ängste, Unsicherheit und ihr Vertrauen.  
1099 Wir wollen hybride Methoden, die auf die Union angewendet werden, öffentlich  
1100 diskutieren, in Medienkompetenz und strategische Kommunikation als Mittel gegen  
1101 feindselige Propaganda investieren und entschlossen gegen Versuche, die Union zu  
1102 spalten und zu schwächen, vorgehen. Dies soll nicht durch eine zentrale Instanz,  
1103 sondern durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen geschehen.

## 1104 **Verbesserung des Außengrenzschutzes (siehe Papier Asyl & Migration)**

## 1105 **Digitalisierung: ein innovatives Europa der** 1106 **Chancen** 1107 **Herausforderung**

1108 Forschung und Entwicklung sind wesentliche Motoren für Innovation,  
1109 wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit und damit unabdingbar für  
1110 die zukünftige Absicherung unseres Wohlstands. Die EU hinkt bei den  
1111 Forschungsinvestitionen Nordamerika und asiatischen Staaten hinterher und droht,  
1112 im globalen Wettbewerb noch stärker abgehängt zu werden. Das gemeinsame Ziel  
1113 einer EU-weiten Forschungsquote von 3% des BIPs liegt noch in weiter Ferne.  
1114 Während Österreich neben Schweden, Deutschland und Dänemark in Europa zu den  
1115 Spitzenreitern zählt, schaffen neue Mitgliedstaaten den Anschluss nicht und  
1116 haben mit stagnierenden Budgets und Brain-Drain zu kämpfen. Die EU hat in der  
1117 Vergangenheit wichtige internationale Großforschungsprojekte auf den Weg  
1118 gebracht. Diese sind budgetär eine große Herausforderung und müssen nicht in  
1119 Jahren, sondern Jahrzehnten gedacht werden.

1120 Im Vergleich zu anderen Kapitalmärkten – wie den USA und Israel – schafft Europa  
1121 es nicht, im gleichen Ausmaß Risikokapital bereitzustellen. Die Möglichkeiten  
1122 des Europäischen Investment Fonds werden nicht ausreichend genutzt und die  
1123 Vernetzung mit Forschungsrahmenprogrammen der EU steckt noch in den  
1124 Kinderschuhen.

1125 Das gemeinsame europäische Wettbewerbsrecht ist eines der stärksten und  
1126 effektivsten Werkzeuge der EU am gemeinsamen Binnenmarkt. Für den digitalen  
1127 Binnenmarkt und die Datenwirtschaft braucht es eine Anpassung, die den Wert von  
1128 Daten und den Umgang mit ihnen als wichtigste Ressource der Zukunft  
1129 berücksichtigt.

1130 In vielen Gebieten Europas mangelt es nach wie vor an einem sicheren Zugang zu  
1131 schnellem Internet. Der Infrastrukturausbau ist Angelegenheit der einzelnen  
1132 Mitgliedstaaten und leider vielerorts ins Stocken geraten. Dies verursacht  
1133 erhebliche Kosten und stellt eine zusätzliche Barriere im freien Datenfluss dar  
1134 und steht damit gerade in strukturschwachen Regionen der Innovation und  
1135 Weiterentwicklung im Weg.

1136 Rechtsunsicherheiten und Durchsetzungsdefizite von geltendem Recht in Bezug auf  
1137 neue Technologien und Geschäftsmodelle (z.B. Fintech, Blockchain, Künstliche  
1138 Intelligenz oder Genome Editing) stellen eine weitere Hürde für  
1139 gesamteuropäische Innovationen dar. Einige große Unternehmen haben sich in einem  
1140 quasi-rechtsfreien Raum Vorteile verschafft, während Startups oft an  
1141 kleinlichen, nationalen Vorschriften scheitern. Entscheidungsträger\_innen  
1142 verstehen oft nicht, wie disruptive Technologien funktionieren. Neue und  
1143 kurzsichtige Gesetze bergen die Gefahr der Überregulierung und hemmen  
1144 Investitionen und Innovation. Die schwierige politische Aufgabe besteht darin,  
1145 die potenziell negativen Auswirkungen solcher Technologien abzufangen und  
1146 gleichzeitig das Innovationspotenzial in Forschung und Entwicklung voll zu  
1147 nutzen.

## 1148 **Vision**

1149 Die Europäische Union ist zum Kontinent der Gründer\_innen und damit zum  
1150 innovativsten Wirtschaftsraum der Welt geworden. Anstatt Innovation mit  
1151 nationalstaatlichen Alleingängen zu behindern, gestalten die Mitgliedstaaten die

1152 Digitalisierung aktiv. Bürokratische Hürden wurden weitgehend abgebaut. Für neue  
1153 Technologien gibt es klare und einheitliche Regeln, die einen sinnvollen Einsatz  
1154 ermöglichen.

1155 Der europäische Hochschul- und Forschungsraum hat weiter an Bedeutung gewonnen.  
1156 Er zeichnet sich durch hohe Durchlässigkeit und Mobilität der Forscher\_innen und  
1157 Studierenden aus. In einer Vielzahl der Mitgliedstaaten gibt es ausgezeichnete  
1158 Forschungs- und Lehrinstitutionen. Das 3%-Ziel für die Forschungs- und  
1159 Entwicklungsgelder wurde erreicht und die Finanzierung auf sichere Beine  
1160 gestellt. Es gibt eine bessere Verzahnung von Forschung und Entwicklung mit  
1161 internationalen Geldgeber\_innen und Unternehmen. Dadurch kann Europa auch im  
1162 Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.

1163 Durch die Anziehung von Risikokapital, das neue Wettbewerbsrecht und effektive  
1164 und vorausschauende Regulierungen konnten nachhaltige und innovative  
1165 Wirtschaftszweige in Europa angesiedelt werden. Der Infrastrukturausbau verhalf  
1166 allen Regionen zu Profiteuren der Digitalisierung zu werden.

## 1167 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1168 **Deutliche Erhöhung des Forschungsbudgets und neue europäische**

### 1169 **Großforschungsprojekte**

1170 Wir fordern eine weitere Stärkung des europäischen Hochschul- und  
1171 Forschungsraums durch eine Erhöhung des Budgets für „Horizon Europe“ auf 110 Mrd  
1172 Euro und eine Verdoppelung des Erasmus-Budgets auf 30 Mrd Euro, wie von der  
1173 Kommission vorgeschlagen. Die Schwerpunkte müssen auf einer verstärkten  
1174 Durchlässigkeit und vereinfachten Mobilität von Studierenden und Forscher\_innen  
1175 und der besseren Verschränkung von Forschung und Industrie liegen. Außerdem  
1176 müssen neue gesamteuropäische Großforschungsprojekte auf den Weg gebracht und  
1177 mit angemessener Finanzierung ausgestattet werden. Sie sollen Leuchtturmprojekte  
1178 im Bereich der internationalen und kooperativen Forschung darstellen.

### 1179 **Mehr Risikokapital für Forschung und Innovation**

1180 Der Europäische Investmentfonds (EIF) muss in seiner Arbeit gestärkt werden und  
1181 mehr Flexibilität bekommen. Auf nationaler Ebene sollen Anreize für Stiftungen  
1182 und Pensionsfonds geschaffen werden, um das Potential des europäischen Venture  
1183 Capital-Markts zu heben. Es muss einfachere und klarere Regeln auf  
1184 gesamteuropäischer Ebene geben. Es braucht den Beschluss einer Initiative  
1185 „Invest in Europe“, um – in Kooperation mit den Nationalstaaten und Regionen –  
1186 nachhaltige und zukunftssträchtige Wirtschaftszweige in Europa anzusiedeln.  
1187 Europäisches und internationales Risikokapital soll durch attraktive,  
1188 einheitliche Steuerbegünstigungen für Investitionen in forschungsorientierte  
1189 Unternehmensneugründungen und Innovationsprojekte angezogen werden. Die  
1190 Europäische Investitionsbank soll *R&D-Bonds* auflegen, die zusätzlich für  
1191 ausreichende Finanzierung innovativer Unternehmen sorgen. Der Vorschlag der  
1192 Kommission bezüglich Einrichtung eines European Innovation Council soll  
1193 vollständig umgesetzt werden.

1194 **Stärkung der Hochschul- und Forschungsinfrastruktur in den jüngsten EU-**  
1195 **Mitgliedstaaten**

1196 Durch gezielten Einsatz von Mitteln aus den Strukturfonds sowie Teaming und  
1197 Twinning mit Top-Institutionen wollen wir Forschungs- und Bildungseinrichtungen  
1198 in weniger entwickelten Regionen stärken. Das Entwicklungspotenzial von  
1199 Universitäten in neuen EU-Mitgliedstaaten soll bei der Vergabe von  
1200 Forschungsgeldern berücksichtigt werden.

1201 **Neues europäisches Wettbewerbsrecht**

1202 Damit die europäische WBP stärker werden kann, muss sie sich weiterentwickeln.  
1203 Aus Sicht der Wettbewerbspolitik ist entscheidend, dass Kriterien zur  
1204 Betrachtung der Marktmacht nicht ausschließlich durch betriebswirtschaftliche  
1205 Größen (z.B. Umsatz) festgemacht werden, sondern auch durch eine Konzentration  
1206 von neuen Daten und Informationen (den "neuen Rohstoffen"). So wie im 19.  
1207 Jahrhundert ausgefeilte Regeln für geistiges Eigentum formuliert wurden, bedarf  
1208 es neuer Gesetze, um den Besitz und den Austausch von Daten zu regeln, um den  
1209 Einzelnen solide Rechte zu verleihen. Wettbewerbshüter sollen Fusionen genau  
1210 prüfen, um Innovationen durch einen freien Markt auch bei digitalen Angeboten zu  
1211 schützen.

1212 **Ausbau der digitalen Infrastruktur**

1213 Der europaweite Ausbau der digitalen Infrastruktur soll Innovationen in allen  
1214 Regionen fördern. Intelligente Spezialisierung ist bereits jetzt ein wichtiger  
1215 Bestandteil der Kohäsionspolitik 2014-2020. Im nächsten mehrjährigen  
1216 Finanzrahmen (MFR) soll die Förderung von Digitalisierungsmaßnahmen und  
1217 Innovationen zur regionalen Entwicklung verstärkt Niederschlag finden. Damit  
1218 alle Regionen gleichermaßen von der Digitalisierung profitieren, braucht es eine  
1219 flächendeckende Verfügbarkeit von ultraschnellen Internetzugängen in ganz  
1220 Europa. Außerdem soll der Kommissionsvorschlag zur Schaffung eines europäischen  
1221 Daten-Binnenmarkts umgesetzt werden, der nationale Regeln zur lokalen  
1222 Speicherung ersetzt.

1223 **Vorausschauende Regulierungen für disruptive Technologien**

1224 Es braucht eine gesamteuropäische Initiative für die vorausschauende Regulierung  
1225 disruptiver Technologien, um das volle Innovationspotential nutzen zu können und  
1226 möglichst gute Rahmenbedingungen für Investor\_innen und Forscher\_innen zu  
1227 schaffen. Dazu sollen auf europäischer Ebene so schnell wie möglich sogenannte  
1228 *regulatory sandboxes* geschaffen werden, in denen Unternehmen und Politik  
1229 gemeinsam Erfahrungen mit neuen Technologien sammeln können. Regulierungen  
1230 müssen flexibel genug gestaltet werden, dass sie auf möglichst viele  
1231 Technologien effektiv angewendet werden und nicht, wenn sie in Kraft treten,  
1232 bereits vom technologischen Fortschritt überholt worden sind.

1233 **Verantwortungsbewusste Nutzung der Blockchaintechologie**

1234 Europa muss in der Verwendung der Blockchaintechologie zum Vorreiter werden, um  
1235 sich seinen Platz in der digitalen Welt zu sichern. Rechtsunsicherheit muss rund

1236 um die Bereiche Blockchains, Smart Contracts, Kryptowährungen, Initial Coin  
1237 Offerings (ICOs), Security Token Offerings (STOs) und Dezentrale Autonome  
1238 Organisationen (DAOs) beendet werden. Für private Investor\_innen und  
1239 Unternehmer\_innen müssen europaweit klare Regeln und Möglichkeiten geschaffen  
1240 werden. Gerade im öffentlichen Bereich gibt es eine Vielzahl von  
1241 Anwendungsbereichen der Blockchains. Die europäische Bürokratie könnte hier in  
1242 der Anwendung zum Vorreiter werden und die Weiterentwicklung und  
1243 Effizienzsteigerung von Verwaltungssystemen in der gesamten Union vorantreiben.

#### 1244 **Fortschritt durch künstliche Intelligenz (KI)**

1245 Wir fordern eine bessere Koordination und das Teilen von Best-Practices beim  
1246 Thema KI, insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklung von Talenten,  
1247 Zukunft der Arbeit, Industrie und Verwaltung, Inklusion, Ethik, Daten und  
1248 digitale Infrastruktur. KI macht unser Leben bereits jetzt leichter. Mit den  
1249 richtigen Richtlinien können wir auf eine Zukunft mit KI-Systemen hinarbeiten,  
1250 von der alle profitieren.

### 1251 **Arbeit und Soziales: ein leicht zugänglicher** 1252 **Arbeitsmarkt schafft europäische Perspektiven** 1253 **Herausforderung**

1254 Die Arbeitswelt ist im Umbruch. Durch die Digitalisierung verändern sich  
1255 Berufsbilder und wirtschaftliche Abläufe. Die Arbeit wird durch den  
1256 technologischen Fortschritt unabhängiger vom Aufenthaltsort der Menschen.  
1257 Gleichzeitig gibt der gemeinsame Binnenmarkt Arbeitnehmer\_innen die Möglichkeit,  
1258 grenzüberschreitend in Unternehmen eingesetzt zu werden. Viele  
1259 Arbeitnehmer\_innen kommen mit diesem Wandel nicht wirklich zurecht. Es zeigt  
1260 sich auch, dass die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt und die sozialen  
1261 Institutionen diesem Wandel noch nicht genug Rechnung tragen.

1262 Neue Technologien erfordern eine Veränderung von (Aus-)Bildungs- und  
1263 Lernangeboten. Lebenslanges Lernen und das Erwerben von vielseitigen Kompetenzen  
1264 werden immer wichtiger. Die Arbeitnehmer\_innen der Zukunft müssen sich auf  
1265 ständig ändernde Anforderungen einstellen und fit für die Digitalisierung  
1266 gemacht werden. Dadurch kann ganz Europa von Innovation profitieren.

1267 Wer in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union arbeiten möchte, ist  
1268 noch immer mit zahlreichen bürokratischen Hürden konfrontiert. Vielfach ist  
1269 unklar, wo welche Abschlüsse und Ausbildungen anerkannt werden oder ob der  
1270 Erwerb von Sprachkenntnissen gefördert wird. Sozialsysteme sind nicht immer gut  
1271 auf einander abgestimmt oder verständlich. Es gibt meist komplexe  
1272 Regelungssysteme und unterschiedliche Versicherungsregime, die verschiedene  
1273 Personengruppen unterschiedlich behandeln. Dies führt oft zu großer Unsicherheit  
1274 bei Übertritten von Arbeitnehmer\_innen von einem in ein anderes Sozialsystem.  
1275 Sozialversicherungsrecht und Aufenthaltsrecht werden nicht zusammen gedacht und  
1276 erarbeitet. Für den/die Einzelnen/Einzelne mangelt es an Transparenz bezüglich  
1277 bereits erworbener Versicherungs-/Beitragsleistungen (z.B. Pensionen) im

1278 gesamten EU-Gebiet. Das macht es häufig schwierig, in einem anderen  
1279 Mitgliedstaat Fuß zu fassen.

1280 Nicht alle sehen Chancen in einem gemeinsamen Arbeitsmarkt und der damit  
1281 verbundenen höheren Mobilität der Arbeitnehmer\_innen. Diese ruft auch  
1282 Protektionist\_innen und Nationalist\_innen auf den Plan. Die  
1283 Arbeitnehmerfreizügigkeit – und damit eine der Grundfreiheiten der Europäischen  
1284 Union – gerät zunehmend unter Druck. Für viele Unionsbürger\_innen gibt es keine  
1285 Beratungsstellen, keine Lobby und oft keine Möglichkeit, unbürokratisch  
1286 Hilfestellungen zu erhalten, wenn sie in einem Mitgliedstaat diskriminiert  
1287 werden und das obwohl sie am Papier die gleichen Rechte genießen.

1288 Die Arbeitsmarktsituationen innerhalb der Europäischen Union sind noch immer  
1289 höchst unterschiedlich. In manchen Staaten der EU ist die Jugendarbeitslosigkeit  
1290 so hoch wie noch nie. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten  
1291 schadet auf Dauer der gesamten EU und raubt vielen Jugendlichen die Zukunft.  
1292 Gerade die Unterschiede bei der Jugendarbeitslosigkeit sind Ausdruck  
1293 höchstunterschiedlicher (Ausbildungs-)Systeme und ökonomischer Entwicklungen im  
1294 Zuge der Finanzkrise. Ein gemeinsamer Arbeitsmarkt mit hoher Mobilität von  
1295 jungen, motivierten Arbeitskräften ist aufgrund verschiedener institutioneller  
1296 und anderer Hürden nicht erkennbar.

## 1297 **Vision**

1298 Innerhalb des Europäischen Binnenmarkts gibt es einen funktionierenden  
1299 gemeinsamen Arbeitsmarkt. In der Europäischen Union ist die Mobilität von  
1300 Arbeitnehmer\_innen problemlos geworden. Aus diesem Grund werden, unabhängig von  
1301 der Art der Ausbildung, Sprachkenntnisse stärker vermittelt.

1302 Nationale Bildungssysteme bilden in den Lehrplänen die neuen Anforderungen des  
1303 Arbeitsmarktes ab. Für Ausbildungen gibt es einheitliche Standards. Die  
1304 Anerkennung funktioniert leicht und unbürokratisch.

1305 EU-Bürger\_innen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union  
1306 arbeiten, haben Zugang zu Beratungsstellen und bekommen rasch Hilfe und  
1307 Beratung, wenn sie diese brauchen. Austauschprogramme wie Erasmus werden  
1308 ausgebaut. Alle jungen Menschen haben die Möglichkeit, während ihrer Ausbildung  
1309 in andere EU-Mitgliedstaaten zu gehen und dort zu lernen. Insbesondere für  
1310 Lehrlinge wurden diese Möglichkeiten ausgebaut. Damit werden Blockaden in den  
1311 Köpfen gelöst und Perspektiven geschaffen, die schlussendlich zu einer engeren  
1312 Union führen.

1313 Jobsuche und Bewerbung sowie An- und Abmeldung bei unterschiedlichen  
1314 Sozialversicherungsträgern sind unbürokratisch möglich. Es gibt treffsichere,  
1315 transparente und flexible soziale Sicherungssysteme, die neue Formen des  
1316 Arbeitens und der Mobilität abdecken. Versicherungs- und Pensionszeiten werden  
1317 automatisch angerechnet, die Kooperation zwischen verschiedenen nationalen  
1318 Behörden ist weitgehend automatisiert.

1319 Sämtliche Ansprüche sind in einem zentralen europäischen Pensionskonto abrufbar.  
1320 Gleichzeitig werden auf den nationalen Konten (in Österreich: "Pensionskonto")

1321 Ansprüche aus dem EU-Ausland angezeigt.

1322 Sozialleistungen werden im Sinne der Subsidiarität nach wie vor auf nationaler  
1323 Ebene geregelt. Dort, wo es notwendig ist, werden europaweite Mindeststandards  
1324 gesetzt. Es gibt jedoch besseren Datenaustausch und -abgleich und Vernetzung  
1325 zwischen den nationalstaatlichen Behörden, was den Zugang zu Sozialleistungen  
1326 für Unionsbürger\_innen einfacher macht.

## 1327 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1328 **Ausbau von Mobilitätsprogrammen und Sprachkenntnissen**

1329 Erasmus ist eine echte europäische Erfolgsgeschichte. Um die Mobilität von  
1330 Unionsbürger\_innen zu erhöhen und den europäischen Arbeitsmarkt zu stärken,  
1331 müssen zuerst Barrieren in den Köpfen der Menschen abgebaut werden. Es ist daher  
1332 notwendig, Austauschprogramme und Mobilitätsprogramme voranzutreiben und  
1333 auszubauen. Insbesondere im Bereich der Schulen, der Lehrausbildung und anderen  
1334 nicht universitären Bereichen soll ein Austausch stärker in den Vordergrund  
1335 rücken. Ebenso verhält es sich mit Sprachkenntnissen, die als maßgebliche  
1336 Qualifikation auf einem europäischen Arbeitsmarkt gefragt sind. Die Sprache gibt  
1337 den Menschen das Werkzeug in die Hand, auf dem Arbeitsmarkt zu partizipieren und  
1338 erfolgreich zu sein.

### 1339 **Leichtere und zentrale Anerkennung von Ausbildung und Vorbildung**

1340 Insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich muss der Nationale  
1341 Qualifikationsrahmen an den Europäischen Qualifikationsrahmen angeglichen  
1342 werden. In Bereichen, in denen besonders hohe innereuropäische Mobilität gegeben  
1343 ist, stehen wir vor der Herausforderung, die nationalen Ausbildungen und  
1344 Fähigkeiten europaweit leichter anrechenbar und nachweisbar zu machen. Nach dem  
1345 Vorbild des österreichischen Gesundheitsberuferegister sollen in einer  
1346 europaweit zentralen Datenbank standardisierte Ausbildungsnachweise gespeichert  
1347 werden können.

### 1348 **Export des österreichischen Erfolgsmodells der „dualen Ausbildung“**

1349 Die österreichische duale Ausbildung (Lehre) ist ein Erfolgsmodell und wirkt  
1350 sich positiv auf die Jugendbeschäftigung aus. Die kombinierte Berufsausbildung  
1351 in einem Betrieb und in der Berufsschule muss auch in andere EU-Staaten  
1352 exportiert werden. Österreich kann damit innerhalb der EU mit Know-How und  
1353 Wissenstransfer punkten und einen Beitrag dazu leisten, die  
1354 Jugendarbeitslosigkeit in der EU dramatisch zu senken. Gleichzeitig können  
1355 dadurch wirtschaftliche Kontakte geknüpft und vertieft werden, um beispielsweise  
1356 dringend benötigte Fachkräfte nach Österreich zu holen.

### 1357 **Auf- und Ausbau von Beratungsstellen für Expats**

1358 Beratungsstellen für Unionsbürger\_innen in Mitgliedstaaten sollen ausgebaut  
1359 werden, der existierende Dienst "SOLVIT" ist viel zu wenig bekannt. EU-  
1360 Bürger\_innen haben selten eine Interessensvertretung in den jeweiligen Ländern.  
1361 Vor dem Gesetz sind sie in den meisten Belangen gleichgestellt. Kommt es dennoch  
1362 zu Problemen oder Diskriminierung, gibt es wenig Hilfestellung. Es braucht also

1363 nicht nur einen Bürokratieabbau, sondern gleichzeitig auch unbürokratische  
1364 Hilfestellung bei Problemfällen, um europäisches Recht auch in der Praxis und  
1365 nicht nur am Papier zu gewährleisten.

### 1366 **Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer**

1367 Wir fordern die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer. Ein  
1368 gemeinsames System erleichtert es, Daten aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten  
1369 rasch und unbürokratisch dort zur Hand zu haben, wo Erwerbstätige einen Antrag  
1370 auf eine Leistung stellen. Die Daten werden von den jeweiligen Mitgliedstaaten,  
1371 in denen gerade gearbeitet wird, gesammelt und die Versicherungszeiten  
1372 sämtlicher Pflichtversicherungen (Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung,  
1373 Pensionsversicherung, Unfallversicherung, etc.) gespeichert. Somit können sie im  
1374 Bedarfsfall über die europäische Sozialversicherung gesammelt, abgerufen und  
1375 verwendet werden. Dies erleichtert Mobilität innerhalb der Europäischen Union  
1376 und ist ein Schritt hin zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt, der auf  
1377 Angebot und Nachfrage basiert. Ein Pensionsantritt soll, unabhängig davon, in  
1378 welchem Mitgliedsstaat man sich aufhält, unbürokratisch möglich sein. Die  
1379 geforderte europäische Sozialversicherungsnummer erleichtert die Koordination  
1380 und Kommunikation zwischen den Behörden. Aufreibende Korrespondenz und  
1381 bürokratische Zick-Zack-Läufe zwischen nationalstaatlichen Behörden sind so  
1382 nicht mehr notwendig. So soll zum Beispiel eine spanische Behörde auch Auskunft  
1383 für in Österreich erworbene Ansprüche geben können.

### 1384 **Leistungen von staatlichen Pflichtversicherungen unabhängig vom Wohnsitz**

1385 Bei manchen Versicherungsleistungen gibt es Probleme, wenn man Leistungen daraus  
1386 beziehen will und seinen Wohnsitz in einem anderen EU-Land hat. Gerade im  
1387 Bereich der Pflege und den staatlichen Pflegeversicherungen in Deutschland oder  
1388 den Niederlanden ist ein Bezug in Österreich oft nicht möglich. Hier muss  
1389 künftig gewährleistet sein, dass alle, die in solche Versicherungssysteme  
1390 eingezahlt haben, auch Leistungen beziehen können, egal in welchem EU-Land sie  
1391 leben. Es soll in keiner staatlichen Pflichtversicherung zu Diskriminierungen  
1392 kommen, die die innereuropäische Arbeits- und Wohnsitzmobilität behindern.

### 1393 **Keine Sozialtransferunion. Leichtere Vergleichbarkeit und Weiterentwicklung 1394 europäischer Sozialsysteme durch Benchmarking**

1395 Sozialstaatliche Aufgaben sollen nach Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch  
1396 in Zukunft nationale Aufgabe bleiben. Indem ein einheitliches Benchmarking  
1397 geschaffen wird, soll es Mitgliedstaaten einfacher gemacht werden, voneinander  
1398 zu lernen. Die Vergleichbarkeit der einzelnen sozialstaatlichen Maßnahmen  
1399 (faktisches Pensionsantrittsalter, Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und Inklusion)  
1400 wird dadurch erleichtert und auch Mindeststandards können so einfacher umgesetzt  
1401 werden.

### 1402 **Umwelt und Energie: ein nachhaltiges Europa 1403 sorgt für eine hohe Lebensqualität 1404 Herausforderung**

1405 Die Natur ist unser „Lebenserhaltungssystem“, deshalb müssen wir sorgsam mit ihr

1406 umgehen. Gemeinsam nutzen wir Ressourcen wie Wasser, Luft und natürliche  
1407 Lebensräume. Wir haben zu ihrem Schutz gemeinsame Umweltnormen. Die Europäische  
1408 Union steht vor der Herausforderung, auf die nachweislich vom Menschen  
1409 verursachten Veränderungen des Klimas Antworten zu finden und parallel dazu den  
1410 Treibhausgasausstoß gemäß der Ziele des Pariser Klimavertrages zu reduzieren.  
1411 Damit können wir unsere Überlebensgrundlage und Lebensqualität nachhaltig  
1412 sichern. Beides sind gewaltige politische Projekte, die eine verbindliche  
1413 Strategie und langfristige Maßnahmen erfordern. Aufgrund der möglicherweise  
1414 katastrophalen, destabilisierenden Folgen des Klimawandels ist das dringend  
1415 notwendig.

1416 Der ökologische Fußabdruck der industrialisierten Welt ist enorm und die  
1417 Konkurrenz um Ressourcen wird mit der weiteren Entwicklung, dem  
1418 Wohlstandszuwachs sowie der fortschreitenden Urbanisierung in Schwellenländern  
1419 stärker werden. Wesentliche Hebel, um diese Entwicklung einzubremsen, wie die  
1420 Steigerung von Ressourceneffizienz, umweltfreundliche Produktionsverfahren oder  
1421 Ökoinnovation, bleiben unterentwickelt. Die Müllentwicklung ist nach wie vor  
1422 besorgniserregend. Ein großer Teil unseres Abfalls landet auf immer größer  
1423 werdenden Deponien und teilweise auch in den Weltmeeren. Besonders problematisch  
1424 ist die drastische Zunahme von Plastikmüll, der in Form von Mikroplastik bereits  
1425 in fast allen Ökosystemen und Nahrungsketten nachweisbar ist und auch für den  
1426 Menschen eine Gesundheitsgefahr darstellt.

1427 Durch die Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft, der damit verbundenen  
1428 Nutzung von Pestiziden und Monokulturen sowie durch die Ausbreitung von Wohn-,  
1429 Wirtschafts-, und Verkehrsflächen hat die Artenvielfalt in Europa in den letzten  
1430 Jahrzehnten stark abgenommen. Gleichzeitig üben invasive Arten zusätzlichen  
1431 Druck aus. Diese Entwicklungen gefährden nicht nur bestehende Ökosysteme und  
1432 heimische Arten, sondern haben langfristig negative Auswirkungen auf  
1433 Landwirtschaft, Gesundheit sowie Natur- und Klimaschutz. Die Agrarförderungspolitik  
1434 orientiert sich an den Fragen von gestern und nicht an den Herausforderungen von  
1435 morgen.

1436 Obwohl in der EU Energieregeln auf supranationaler Ebene festgelegt werden, muss  
1437 sich die Union in der Praxis mit 28 (bald 27) nationalen Versorgungs- und  
1438 Regulierungssystemen auseinandersetzen. Diese werden zusätzlich jeweils stark  
1439 von innenpolitischen Anliegen und außenpolitischen Standpunkten beeinflusst.  
1440 Nationale Steuer- und Fördersysteme sind oft nicht an die Notwendigkeiten der  
1441 Energiewende angepasst und bevorzugen fossile Energiequellen.

1442 Heizen und Kühlen stellen die Hälfte des EU-Energieverbrauchs dar. Gerade  
1443 grenzüberschreitend gibt es zu wenige Verbindungen innerhalb des Energiesektors.  
1444 So bleibt die industrielle Abwärme in den Regionen meist ungenutzt, anstatt  
1445 diese zum Heizen wiederzuverwenden.

1446 Einer der Sektoren, der die CO<sub>2</sub>-Bilanz am meisten belastet, ist der Verkehr.  
1447 Dieser ist oft ineffizient organisiert. Gerade was die internationale Planung  
1448 innerhalb der EU betrifft, hinkt die Realität den Vorstellungen und  
1449 Erfordernissen hinterher.

## 1450 **Vision**

1451 Die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen wird stets verbessert und ist  
1452 weitgehend sichergestellt. Umweltbedingte Belastungen, Gesundheitsrisiken und  
1453 Beeinträchtigungen werden sukzessive abgebaut. Die Sauberkeit des Trinkwassers  
1454 und der Badegewässer ist gewährleistet, die Luftqualität verbessert sich und  
1455 Lärm wird reduziert. Genauso werden die Auswirkungen schädlicher Chemikalien  
1456 eingedämmt und weitgehend beseitigt. Energiewende und „Green Economy“ haben sich  
1457 als zukunftsweisende Konzepte erwiesen und ermöglichen den Umbau zu nachhaltigem  
1458 Wirtschaften auf Basis einer freien Marktwirtschaft. Nach diesen Konzepten wird  
1459 das Klima geschützt, es werden langfristig Arbeitsplätze geschaffen, die Armut  
1460 verringert und soziale Stabilität erreicht. Naturräume werden auch im  
1461 Zusammenwirken mit einer nachhaltigen Landwirtschaft dauerhaft geschützt und die  
1462 Artenvielfalt gesichert. Nach Ausweisung aller EU-weiten Schutzgebiete gibt es  
1463 umfassende Managementpläne für schützenswerte Naturräume.

1464 Die EU ist Vorreiter bei der Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und  
1465 von COP23. Dabei werden Innovationsfähigkeit und Forschungspolitik in den  
1466 Mittelpunkt gerückt. Die Dekarbonisierung wird zügig vorangetrieben und Carbon-  
1467 Management hilft bei der Abschätzung der Wirkung von Investitionen und  
1468 industriepolitischen Maßnahmen. Kreislaufwirtschaft ist flächendeckend in  
1469 Anwendung und ermöglicht ressourcenoptimiertes, abfallarmes Wirtschaften ohne  
1470 Plastikverpackungen und Wegwerfprodukte. Kupfer, Gold und andere Edelmetalle  
1471 werden aus Elektroschrott zu Kosten extrahiert, die mit denen des Abbaus von  
1472 Erzen vergleichbar sind.

1473 Die Energieunion sorgt für eine reibungslose und sektorübergreifende  
1474 Transformation des Energiesystems Richtung erneuerbare Energien,  
1475 Energieeffizienz und Flexibilität. Sie senkt die Abhängigkeit von öl- und  
1476 gasexportierenden Ländern. Der EU-Emissionshandel wurde zu einem effizienten  
1477 Tool der Dekarbonisierung in allen Sektoren und hat den Weg für eine europaweite  
1478 CO<sub>2</sub>-Steuer geebnet. Regionale Vernetzung im Energiebereich hilft,  
1479 Versorgungssicherheit zu stärken und länderübergreifende Synergien zu nutzen.  
1480 Damit wird Europa insgesamt wirtschaftlich gestärkt. Grenzüberschreitende  
1481 Kooperationen führen dazu, dass erneuerbare Energien dort gefördert werden, wo  
1482 sie am kostengünstigsten erzeugt werden können. Europa gelingt es, zum  
1483 Innovationsführer eines globalisierungsfähigen Wirtschaftsmodells zu werden. Dem  
1484 bewussten Umgang mit Energie und anderen Rohstoffen kommt dabei eine  
1485 Schlüsselrolle zu.

1486 Der Personen- und Warenverkehr wird möglichst umwelt- und ressourcenschonend  
1487 abgewickelt. Fehlentwicklungen wie die „Lagerhaltung durch Lastkraftwagen“  
1488 gehören der Vergangenheit an, Warenströme bewegen sich, angepasst an das  
1489 jeweilig sinnvollste Transportmittel, mit höchster Effizienz.

## 1490 **Leitlinien und Maßnahmen**

### 1491 **Neue Konzepte für Naturraummanagement**

1492 Die EU hat in den letzten Jahrzehnten mit der einheitlichen Definition von  
1493 Naturschutzgebieten viel für den Erhalt von Naturräumen und Arten erreicht. Der

1494 nächste Schritt müssen Maßnahmen zum weiteren Management dieser ausgewiesenen  
1495 Gebiete sein. Das wurde bislang vernachlässigt. Daher fordern wir verstärkte  
1496 Einbindung der Regionen und Impulse, um mehr Bewusstsein für das Thema zu  
1497 schaffen. Gleichzeitig ergeben sich Beschäftigungsmöglichkeiten, die nicht nur  
1498 in der Ressourcennutzung, sondern auch im -erhalt liegen. Das vielfältige  
1499 Naturerbe und die Artenvielfalt Europas können so auch zukünftig bewahrt werden.

### 1500 **Kreislaufwirtschaftsschwerpunkt**

1501 Effiziente Kreislaufwirtschaft beginnt bereits bei nachhaltigem Produktdesign  
1502 sowie innovativer Produktentwicklung. Der Einsatz von Einwegkunststoffen und  
1503 kaum stofflich wiederverwertbaren Verbunden muss drastisch reduziert werden.  
1504 Weiters müssen Reparaturnetzwerke verstärkt und die Verfügbarkeit von  
1505 Ersatzteilen von Seiten der Hersteller gegeben sein. Die Zukunft nachhaltigen  
1506 Wirtschaftens liegt in weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen und in  
1507 effizienter kaskadischer Nutzung. Die Transformation der europäischen Industrie  
1508 muss hier einen Schwerpunkt erhalten. So wird der Rohstoffverbrauch sukzessive  
1509 verringert und damit auch die Importabhängigkeit. Wir bestärken die EU-  
1510 Kommission daher in ihren Vorhaben, die Kreislaufwirtschaft durch EU-  
1511 einheitliche Standards für Sekundärrohstoffe zu unterstützen und die  
1512 Handelbarkeit von Sekundärrohstoffen in der EU zu ermöglichen. Außerdem soll  
1513 Urban Mining vorangetrieben werden, um mittelfristig mit dem Abbau von  
1514 Rohstoffen kostenmäßig mithalten zu können. Mit ehrgeizigen Zielen und  
1515 innovativen Maßnahmen können wir so auch eine globale Vorreiterrolle in  
1516 Abfallvermeidung sowie Recycling einnehmen.

### 1517 **Weiterentwicklung der Energieunion**

1518 Der rasche Ausbau der europäischen Energienetze (TEN-E), vor allem bei Projekten  
1519 zur Unterstützung grenzüberschreitender erneuerbarer Energie, führt automatisch  
1520 dazu, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zurückgeht. Je weiter  
1521 die Netze ausgebaut sind, desto einfacher wird die Integration von erneuerbaren  
1522 Energieträgern. Als kleine Volkswirtschaft profitiert Österreich besonders von  
1523 einer Energieunion – wenn auch nicht von allen Aspekten im gleichen Ausmaß. Die  
1524 österreichische Regierung soll daher die Vorschläge der Kommission aufnehmen und  
1525 unterstützen. Die Energieunion muss ganzheitlich angelegt werden. Es müssen  
1526 Stromnetze sowohl in Qualität und Quantität angepasst werden, um den Umstieg auf  
1527 ein nachhaltigeres Energiesystem zu ermöglichen. Außerdem sollen  
1528 Energiespeichersysteme weiterentwickelt und ausgebaut werden. Ohne den  
1529 europaweiten Ausbau von Netzen und Speichern stoßen wir mit erneuerbaren  
1530 Energiequellen schnell an unsere Grenzen.

### 1531 **Neues Strommarktdesign: bessere Anreize und Internalisierung der externen Kosten**

1532 Alle Maßnahmen im Energiebereich sind auf ihre Anreizwirkung zu überprüfen. Für  
1533 die Umwelt kontraproduktive Förderungen müssen zeitnah gestrichen werden – laut  
1534 Berechnungen des WIFO fließen allein in Österreich 3,8 bis 4,7 Mrd Euro pro Jahr  
1535 in solche Förderungen. Das aktuell in Verhandlung befindliche neue EU-  
1536 Strommarktdesign sollte die nachhaltige und effiziente Weiterentwicklung der

1537 Strommärkte in Richtung effiziente Marktintegration der Erneuerbaren  
1538 sicherstellen. Kriterium muss technische und finanzielle Machbarkeit sein. Ein  
1539 Fördersystem, das Milliarden kostet und gleichzeitig die Versorgungssicherheit  
1540 gefährdet, kann nicht die Lösung sein. Wir fordern daher ein deutlich  
1541 marktnäheres Ökostromgesetz.

#### 1542 **Dekarbonisierung vorantreiben: Einführung einer europaweiten CO2-Abgabe**

1543 Wir fordern die Stärkung der Ökologisierung der Steuersysteme durch eine CO2-  
1544 Abgaben-Richtlinie. Die aktuelle Richtlinie zur Besteuerung von  
1545 Energieerzeugnissen und elektrischem Strom ist veraltet und nicht ausreichend.  
1546 Eine Richtlinie für CO2-Abgaben muss jedenfalls eine einheitliche  
1547 Bemessungsgrundlage für Emissionen und Mindeststeuersätze beinhalten, um CO2 –  
1548 unabhängig davon, um welche Energiequelle es sich handelt – gleichmäßig zu  
1549 belasten. Damit soll mittel- bis langfristig auf eine europaweite CO2-Abgabe  
1550 abgezielt werden. Dem derzeitigen EU-Emissionshandelssystem stehen wir jedoch  
1551 nicht ablehnend gegenüber. Als Übergangslösung am Weg zur EU-CO2-Abgabe könnte  
1552 der Emissionshandel auf weitere Sektoren – vor allem Verkehr, Wärme und  
1553 Landwirtschaft – ausgedehnt werden.

#### 1554 **Carbon-Management für große Projekte einführen**

1555 Zur Erreichung der COP23-Ziele muss Carbon-Management zur Folgenabschätzung von  
1556 Großprojekten, insbesondere im Verkehrsbereich, eingeführt werden. Wird durch  
1557 ein Projekt ein Mehrausstoß von Treibhausgasen generiert, muss anderswo  
1558 eingespart werden. Das hilft, den Mehrausstoß von Treibhausgasen abzuschätzen  
1559 und folglich auch Gegenmaßnahmen einzuführen, um europaweit auf dem Zielpfad zu  
1560 bleiben.

#### 1561 **Rascher Ausbau der TEN-V-Kernnetzkorridore (TEN-T Core Network Corridors)**

1562 Das Konzept der Paneuropäischen Verkehrskorridore der EU ist das Rückgrat des  
1563 effizienten Transports innerhalb Europas. Zur tatsächlichen Umsetzung der Pläne  
1564 muss man die Nationalstaaten stärker in die Pflicht nehmen, um die großen Lücken  
1565 des Netzes rasch zu schließen. Um den notwendigen Ausbau zu beschleunigen,  
1566 sollen europäische Fördermittel innerhalb eines straffen Zeitkorridors  
1567 ausgegeben werden. Damit wird Transport in Europa schneller und  
1568 umweltfreundlicher und die Bürger\_innen der Union wachsen näher zusammen. Die  
1569 Wirtschaft wird ebenso gestärkt und der Schadstoffausstoß vermindert.

## **Begründung**

Anmerkung: Programmkomitee bestehend aus:

Beate Meinl-Reisinger, Niki Scherak, Claudia Gamon, Douglas Hoyos, Dominik Oberhofer,  
Lukas Lerchner, Indra Collini, Friedhelm Frischenschlager und Wolfgang Streitenberger.